



STELLUNGNAHMEN

zum Mitgliederentscheid der AfD zu nachstehenden Antragstext

Antragstext:

*"Dem Bundesvorstand wird per Mitgliederentscheid
aufgegeben, einen Bundesparteitag im Jahr 2020 als
Mitgliederparteitag einzuberufen.*

*Soll der Bundesvorstand im Jahr 2020 einen
Bundesparteitag als Mitgliederparteitag einberufen?"*

Bearbeitungsstand: 06. Mai 2020

Eingereichte Stellungnahmen gemäß § 4 Abs. 3 der Verfahrensordnung für Mitgliederentscheide und Mitgliederbefragungen

Nachstehend finden Sie gemäß § 4 Abs. 3 i. V. m. Abs. 2 der Verfahrensordnung für Mitgliederentscheide und Mitgliederbefragungen die Zusammenstellung der form- und fristgerecht eingereichten Stellungnahmen, sortiert nach pro und contra sowie nach den in § 4 Abs. 2 der Verfahrensordnung genannten Berechtigungsgruppen in der dort genannten Reihenfolge und innerhalb der Berechtigungsgruppen nach dem Zeitpunkt des Eingangs.

Inhaltsverzeichnis

Antragstext und Begründung	5
Inhaltlich für den Antrag	6
1. Bezirks- und Kreisvorstände	6
1. Kreisvorstand Offenbach Land	6
2. Kreisvorstand Kulmbach.....	7
3. Kreisvorstand Solingen	8
4. Kreisvorstand Limburg-Weilburg.....	9
5. Kreisvorstand Nordfriesland.....	10
6. Bezirksvorstand Hamburg Mitte	11
2. 25 Mitglieder	12
1. 25 Mitglieder	12
2. 25 Mitglieder	13
3. 25 Mitglieder	14
4. 25 Mitglieder	15
5. 25 Mitglieder	16
6. 25 Mitglieder	17
7. 25 Mitglieder	18
8. 25 Mitglieder	19
9. 25 Mitglieder	20
10. 25 Mitglieder	21
11. 25 Mitglieder	22
12. 25 Mitglieder	23
13. 25 Mitglieder	24
14. 25 Mitglieder	25
15. 25 Mitglieder	26

Inhaltlich gegen den Antrag	27
1. Bundesvorstand.....	27
2. Bundesprogrammkommission	28
3. Bundesfachausschüsse	29
1. Bundesfachausschuss 5	29
4. Landesvorstände	30
1. Landesvorstand Rheinland-Pfalz	30
2. Landesvorstand Berlin	31
3. Landesvorstand Nordrhein-Westfalen	32
4. Landesvorstand Hamburg	33
5. Bezirks- und Kreisvorstände	34
1. Kreisvorstand Erzgebirge.....	34
2. Kreisvorstand Trier	35
3. Kreisvorstand Borken	36
4. Kreisvorstand Heidenheim	37
5. Kreisvorstand Uckermark	38
6. Kreisvorstand Frankfurt am Main.....	39
7. Kreisvorstand Bremerhaven	40
8. Kreisvorstand Schwalm-Eder.....	41
9. Kreisvorstand Wiesbaden.....	42
10. Kreisvorstand Mayen-Koblenz.....	43
11. Kreisvorstand Gießen	44
12. Kreisvorstand Main-Kinzig-Kreis.....	45
13. Kreisvorstand Birkenfeld	46
14. Kreisvorstand Bernkastel-Wittlich.....	47
15. Kreisvorstand Rheingau-Taunus.....	48
16. Kreisvorstand Gelsenkirchen.....	49
17. Kreisvorstand Unterfranken-Nord.....	50
18. Kreisvorstand Konstanz	51
19. Kreisvorstand Märkischer Kreis.....	52
20. Kreisvorstand Ahrweiler	53
21. Kreisvorstand Mainz	54
22. Kreisvorstand Vogelsbergkreis	55
23. Kreisvorstand Mittelsachsen	56



24. Kreisvorstand Aschaffenburg	57
25. Kreisvorstand Hannover Stadt.....	58
26. Kreisvorstand Ludwigshafen	59
27. Kreisvorstand Südliche Weinstraße-Landau.....	60
28. Kreisvorstand Neuwied	61
6. 25 Mitglieder	62
1. 25 Mitglieder	62

Vorgelegt durch die Bundesgeschäftsstelle

Stand: 06. Mai 2020

Antragstext und Begründung

"Dem Bundesvorstand wird per Mitgliederentscheid aufgegeben, einen Bundesparteitag im Jahr 2020 als Mitgliederparteitag einzuberufen. Soll der Bundesvorstand im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag einberufen?"

Begründung: Gem. § 20 (4)(b) Bundessatzung kann über o.g. Frage mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt werden. Wir wollen die Einführung verpflichtender Mitgliederparteitage und die Abschaffung bestehender Delegiertensysteme für alle Gliederungsebenen der AfD. Dazu ist eine Änderung der Bundessatzung notwendig, die nur von einem Bundesparteitag beschlossen werden kann. Damit die Mitglieder und nicht nur die Delegierten darüber abstimmen können, ist die Durchführung eines Bundesparteitages 2020 als Mitgliederparteitag notwendig. Für diesen Bundesparteitag 2020 werden die Hauptantragsteller vorliegenden Antrags auf Mitgliederentscheid einen weiteren Antrag einbringen, der vorsehen wird, für alle Gliederungsebenen der AfD Mitgliederparteitage verpflichtend einzuführen und bestehende Delegiertensysteme abzuschaffen."

Inhaltlich für den Antrag

1. Bezirks- und Kreisvorstände

1. Kreisvorstand Offenbach Land

Stellungnahme: für den Antrag

"Vorliegende Stellungnahme ist inhaltlich **für den Antrag** gerichtet:

Logistische und finanzielle Gegenargumente gegen Mitgliederparteitage existieren tatsächlich, können aber bei gutem Willen gelöst werden.

Nach Abwägung des Für und Wider verbleibt als zentraler Diskussionspunkt die „Oligarchisierung“ der AfD. Diese Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) hat alle Altparteien in undemokratisch funktionierende Gebilde verwandelt, in denen eine kleine Gruppe führender Funktionäre die Mitgliedschaft über das Delegiertensystem entmachtet. Damit können – wie von einem Zentralkomitee - weitreichende politische Entscheidungen, sowohl gegen den überwältigenden Willen der Mitgliederbasis als auch gegen das eigene Parteiprogramm, durchgesetzt werden. Wenn diese laufende Oligarchisierung unserer Alternative für Deutschland nicht sofort gestoppt wird, geht die AfD endgültig an das Altparteiensystem verloren und kann dieses nicht mehr überwinden, um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes wiederherzustellen. Als Partei haben wir nicht umsonst die Forderung nach Volksabstimmungen als Alleinstellungsmerkmal! Was wir für die Gesellschaft insgesamt fordern, sollten wir erst einmal parteiintern selbst vorleben!

Aus diesem Grunde wirkt die Einführung von Mitgliederparteitagen auf allen Gliederungsebenen zuerst einmal wie eine Sofortmaßnahme am Unfallort, um die laufende Oligarchisierung über das Delegiertensystem sofort zu stoppen! Anschließend können gerne weitergehende Reformvorschläge gemacht werden - wie z.B. deutschlandweite Onlineabstimmungen oder grundsätzliche Änderungen am bisherigen Delegiertensystem durch z.B. Rotationsverfahren - die ein Eigenleben der Führungskader sicher verhindern. Der basisdemokratische Entscheidungsprozess sollte ständig weiterentwickelt und an die technischen Möglichkeiten der Zeit angepasst werden, damit er auch dann noch verlässlich funktioniert, wenn die AfD ein Vielfaches an Mitgliedern haben wird, im Vergleich zu heute."

2. Kreisvorstand Kulmbach

Stellungnahme: für den Antrag

Logistische und finanzielle Gegenargumente gegen Mitgliederparteitage existieren tatsächlich, können aber bei gutem Willen gelöst werden.

Nach Abwägung des Für und Wider verbleibt als zentraler Diskussionspunkt die „Oligarchisierung“ der AfD. Diese Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) hat alle Altparteien in undemokratisch funktionierende Gebilde verwandelt, in denen eine kleine Gruppe führender Funktionäre die Mitgliederschaft über das Delegiertensystem entmachtet. Damit können – wie von einem Zentralkomitee - weitreichende politische Entscheidungen, sowohl gegen den überwältigenden Willen der Mitgliederbasis als auch gegen das eigene Parteiprogramm, durchgesetzt werden. Wenn diese laufende Oligarchisierung unserer Alternative für Deutschland nicht sofort gestoppt wird, geht die AfD endgültig an das Altparteiensystem verloren und kann dieses nicht mehr überwinden, um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes wiederherzustellen. Es ist nicht auszuschliessen, dass Gefahren durch führende Funktionäre drohen, die ihre Eigeninteressen über das Parteiinteresse stellen und diese mit Hilfe eingenordeter Delegierter durchsetzen.

Gegen diese unmittelbare Gefahr der Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) existiert genau ein Gegenmittel: die Basisdemokratie, d.h. wirkliche Demokratie – anstatt Fassaden-Demokratie über das Delegiertensystem. Nicht umsonst ist die Forderung nach Volksabstimmungen ein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Und was wir für die Gesellschaft insgesamt fordern, sollten wir erst einmal parteiintern selbst vorleben.

Aus diesem Grunde wirkt die Einführung von Mitgliederparteitagen auf allen Gliederungsebenen zuerst einmal wie eine Sofortmaßnahme am Unfallort, um die laufende Oligarchisierung über das Delegiertensystem sofort zu stoppen! Anschließend können gerne weitergehende Reformvorschläge gemacht werden - wie z.B. deutschlandweite Onlineabstimmungen oder grundsätzliche Änderungen am bisherigen Delegiertensystem durch z.B. Rotationsverfahren - die ein Eigenleben der Führungskader sicher verhindern. Der basisdemokratische Entscheidungsprozess sollte ständig weiterentwickelt und an die technischen Möglichkeiten der Zeit angepasst werden, damit er auch dann noch verlässlich funktioniert, wenn die AfD ein Vielfaches an Mitgliedern haben wird, im Vergleich zu heute.

3. Kreisvorstand Solingen

Stellungnahme: für den Antrag

Die Alternative für Deutschland begann als basisdemokratische Bewegung besorgter Bürger und wollte allen Deutschen parlamentarischer Vertreter werden, die sich von den Etablierten längst vergessen oder gar verhöhnt fühlten.

Dazu war es stets notwendig, dass unsere Partei in ihrer Ordnungsstruktur die Ideale von direkter Demokratie selber lebt, die sie nach außen hin auch für das politische System der Bundesrepublik Deutschland einfordert.

Das Delegiertensystem war nur temporäres Übel zwecks knapper Ressourcen, die zur damaligen Aufbauphase in der Außendarstellung besser angelegt waren. Leider nahmen dies auch einige innerparteiliche Egoisten zum Anlass, hypothetische Mehrheiten zu konstruieren, die einzig und allein auf die Expansion des jeweils zugehörigen „Lagers“ abzielten. Das Wohl der gesamten Partei, ihrer Mitglieder und das Wohl des eigenen Landes blieben dabei völlig außen vor. Im Gegenteil: Es spaltete unsere Partei sogar!

Traurigstes Beispiel war die Landeswahlversammlung in Euskirchen, bei der Delegierte zu Stimmvieh mutierten und in Wahrheit vom ehemaligen Landesvorstand unter Pretzell und Funktionären der mittleren Ebene gelenkt wurden. Die katastrophalen Folgen sind uns allen hinlänglich bekannt. Die Darstellung des Problems ist hier sehr detailreich aufgearbeitet:

Google-Suche → „Einblick in geheime Chat-Protokolle der AfD“ → 1. Treffer: Stern-Artikel

Wir sind nun an dem Punkt angelangt, an dem wir feststellen müssen, dass wir mittlerweile dauerhaft über die notwendigen Ressourcen verfügen, um allen Mitgliedern die **volle** Partizipation an wichtigen Entscheidungen zu gewährleisten. Dies geht automatisch einher mit der Entmachtung einiger weniger, im Delegiertensystem leider noch sehr mächtiger Egoisten.

Der Kreisverband der Alternative für Deutschland in Solingen, vertreten durch seinen gesamten Vorstand, spricht sich daher FÜR den Antrag aus, FÜR MITGLIEDERPARTEITAGE!



4. Kreisvorstand Limburg-Weilburg

Stellungnahme: für den Antrag

Aufgrund des entbrannten parteiinternen Streits sehen wir als Kreisvorstand die "Rückkehr zu den Wurzeln" der AfD als notwendigen und entscheidenden Schritt an. Eine Befriedung des Konflikts ist aus hiesiger Sicht nur über die Einbindung ALLER Mitglieder möglich. Dieser Schritt würde ein starkes Signal an die Mitglieder senden und die basisdemokratischen Werte, auf welche die AfD aufbaut, wiederbeleben. Insbesondere aus diesem Grund ist der AfD-Kreisvorstand Limburg-Weilburg für den Antrag, dass der Bundesvorstand im Jahr 2020 den Bundesparteitag als Mitgliederparteitag einberufen soll.

5. Kreisvorstand Nordfriesland

Stellungnahme: für den Antrag

Logistische und finanzielle Gegenargumente gegen Mitgliederparteitage existieren tatsächlich, können aber bei gutem Willen gelöst werden.

Nach Abwägung des Für und Wider verbleibt als zentraler Diskussionspunkt die „Oligarchisierung“ der AfD. Diese Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) hat alle Altparteien in undemokratisch funktionierende Gebilde verwandelt, in denen eine kleine Gruppe führender Funktionäre die Mitgliederschaft über das Delegiertensystem entmachtet. Damit können – wie von einem Zentralkomitee - weitreichende politische Entscheidungen, sowohl gegen den überwältigenden Willen der Mitgliederbasis als auch gegen das eigene Parteiprogramm, durchgesetzt werden. Wenn diese laufende Oligarchisierung unserer Alternative für Deutschland nicht sofort gestoppt wird, geht die AfD endgültig an das Altparteiensystem verloren und kann dieses nicht mehr überwinden, um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes wiederherzustellen. Wenn führende Partei-Funktionäre mit Hilfe eingenordeter Delegierter ihre Eigeninteressen über das Parteiinteresse stellen, droht die Basisdemokratie ausgehebelt zu werden.

Gegen diese unmittelbare Gefahr der Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) existiert genau ein Gegenmittel: die Basisdemokratie, d.h. wirkliche Demokratie – anstatt Fassaden-Demokratie über das Delegiertensystem. Nicht umsonst ist die Forderung nach Volksabstimmungen ein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Und was wir für die Gesellschaft insgesamt fordern, sollten wir erst einmal parteiintern selbst vorleben.

Aus diesem Grunde wirkt die Einführung von Mitgliederparteitagen auf allen Gliederungsebenen zuerst einmal wie eine Sofortmaßnahme am Unfallort, um die laufende Oligarchisierung über das Delegiertensystem sofort zu stoppen! Anschließend können gerne weitergehende Reformvorschläge gemacht werden - wie z.B. deutschlandweite Onlineabstimmungen oder grundsätzliche Änderungen am bisherigen Delegiertensystem durch z.B. Rotationsverfahren - die ein Eigenleben der Führungskader sicher verhindern. Der basisdemokratische Entscheidungsprozess sollte ständig weiterentwickelt und an die technischen Möglichkeiten der Zeit angepasst werden, damit er auch dann noch verlässlich funktioniert, wenn die AfD ein Vielfaches an Mitgliedern haben wird, im Vergleich zu heute.

6. Bezirksvorstand Hamburg Mitte

Stellungnahme: für den Antrag

Ausweislich unseres Grundsatzprogrammes ist die AfD eine zutiefst basisdemokratische Partei. Die AfD wurde gegründet, um sich deutlich von den anderen Parteien abzuheben. Sie ist gegen das Berufspolitikertum, gegen Ämterpatronage und für Volksabstimmungen. Logistische und finanzielle Gegenargumente gegen Mitgliederparteitage existieren tatsächlich, können aber bei gutem Willen gelöst werden. Siehe „Nachhaltige Lösungsmaßnahmen“ unter *[Anmerkung der BGS: Verlinkung gelöscht, da grundsätzlich unzulässig aufgrund Umgehung der Zeichenbegrenzung gemäß Verfahrensordnung, der Einreichende ist hierüber vorab in Kenntnis gesetzt worden.]*

Auch in der Vergangenheit wurden Mitgliederparteitage erfolgreich auf Bundesebene durchgeführt. Nach Abwägung des Für und Wider verbleibt als zentraler Diskussionspunkt die „Oligarchisierung“ der AfD. Diese Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) hat alle Altparteien in undemokratisch funktionierende Gebilde verwandelt, in denen eine kleine Gruppe führender Funktionäre die Mitgliedschaft über das Delegiertensystem entmachtet. Damit können – wie von einem Zentralkomitee - weitreichende politische Entscheidungen, sowohl gegen den überwältigenden Willen der Mitgliederbasis als auch gegen das eigene Parteiprogramm, durchgesetzt werden. Wenn diese laufende Oligarchisierung unserer Alternative für Deutschland nicht sofort gestoppt wird, geht die AfD endgültig an das Altparteiensystem verloren und kann dieses nicht mehr überwinden, um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes wiederherzustellen. Welche Gefahren durch führende Funktionäre drohen, die ihre Eigeninteressen über das Parteiinteresse stellen und diese mit Hilfe eingenordeter Delegierter durchsetzen, *[Anmerkung der BGS: Verlinkung gelöscht, da grundsätzlich unzulässig aufgrund Umgehung der Zeichenbegrenzung gemäß Verfahrensordnung, der Einreichende ist hierüber vorab in Kenntnis gesetzt worden.]*

Gegen diese unmittelbare Gefahr der Oligarchisierung existiert genau ein Gegenmittel: die Basisdemokratie, d.h. wirkliche Demokratie – anstatt Fassaden-Demokratie über das Delegiertensystem. Nicht umsonst ist die Forderung nach Volksabstimmungen ein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Und was wir für die Gesellschaft insgesamt fordern, sollten wir erst einmal parteiintern selbst vorleben. Aus diesem Grunde wirkt die Einführung von Mitgliederparteitagen auf allen Gliederungsebenen zuerst einmal wie eine Sofortmaßnahme am Unfallort, um die laufende Oligarchisierung über das Delegiertensystem sofort zu stoppen! Anschließend können gerne weitergehende Reformvorschläge gemacht werden -wie z.B. deutschlandweite Onlineabstimmungen oder grundsätzliche Änderungen am bisherigen Delegiertensystem durch z.B. Rotationsverfahren - die ein Eigenleben der Führungskader sicher verhindern. Der basisdemokratische Entscheidungsprozess sollte ständig weiterentwickelt und an die technischen Möglichkeiten der Zeit angepasst werden, damit er auch dann noch verlässlich funktioniert, wenn die AfD ein Vielfaches an Mitgliedern haben wird, im Vergleich zu heute.

2. 25 Mitglieder

1. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Nach Abwägung des Für und Wider verbleibt als zentraler Diskussionspunkt die „Oligarchisierung“ der AfD. Diese Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) hat alle Altparteien in undemokratisch funktionierende Gebilde verwandelt, in denen eine kleine Gruppe führender Funktionäre die Mitgliederschaft über das Delegiertensystem entmachtet. Damit können – wie von einem Zentralkomitee - weitreichende politische Entscheidungen, sowohl gegen den überwältigenden Willen der Mitgliederbasis als auch gegen das eigene Parteiprogramm, durchgesetzt werden. Wenn diese laufende Oligarchisierung unserer Alternative für Deutschland nicht sofort gestoppt wird, geht die AfD endgültig an das Altparteiensystem verloren und kann dieses nicht mehr überwinden, um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes wiederherzustellen. Die Mechanismen, wie Funktionäre ihre Eigeninteressen über das Interesse von Land, Partei und Mitgliedern stellen, beschrieb Robert Michels 1911 in seinem Standardwerk "Das eherne Gesetz der Oligarchie". Die Umsetzung erfolgt über Delegierte. Gegen diese unmittelbare Gefahr der Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) existiert genau ein Gegenmittel: die Basisdemokratie, d.h. wirkliche Demokratie – anstatt Fassaden-Demokratie über das Delegiertensystem. Nicht umsonst ist die Forderung nach Volksabstimmungen ein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Und was wir für die Gesellschaft insgesamt fordern, sollten wir erst einmal parteiintern selbst vorleben.

Aus diesem Grunde wirkt die Einführung von Mitgliederparteitagen auf allen Gliederungsebenen zuerst einmal wie eine Sofortmaßnahme am Unfallort, um die laufende Oligarchisierung über das Delegiertensystem sofort zu stoppen! Anschließend können gerne weitergehende Reformvorschläge gemacht werden - wie z.B. deutschlandweite Onlineabstimmungen oder grundsätzliche Änderungen am bisherigen Delegiertensystem durch z.B. Rotationsverfahren - die ein Eigenleben der Führungskader sicher verhindern. Der basisdemokratische Entscheidungsprozess sollte ständig weiterentwickelt und an die technischen Möglichkeiten der Zeit angepasst werden, damit er auch dann noch verlässlich funktioniert, wenn die AfD ein Vielfaches an Mitgliedern haben wird, im Vergleich zu heute.

2. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Wir unterstützen die Dfg. eines MGPT der AfD & bitten um die Zustimmung. Die Gründe dafür sind:

- Forderung im PP nach direkter Demokr. nach Schweizer Vorbild. Dadurch soll die Macht dem Volke, sprich den Mitgl. gegeben werden & nicht Einzel., die das Wohl aller entscheiden, wie z.B. im Deleg.-Sys. & oder durch MdBs im BT.
- Als im PP der Passus mit den Deleg. aufgenommen wurde, wurde versprochen, dass erst ab einer M-Zahl von ca. 45K auf ein Deleg.-Sys. umgestellt wird. Jedoch wurde seit dem BPT in Köln 2017 zur BTW erstmalig ein BPT als DPT durchgeführt & danach das Stimmrecht nie wieder direkt an die Mitgl. zurückgegeben.
- Das ist Verrat an den Mitgl. & den Aussagen auf dem BPT zur Einführung dieses Sys., das nur durch einen MGPT wieder gutgemacht werden kann, wo wir Satzungsfragen klären & die AfD wieder Einen können, was nach den hitzigen Debatten, auch durch den BuVo zur Einheit der AfD beitragen würde & an welchen Entscheid. für die AfD, vertreten durch einen deutl. Teil an Mitgl., getroffen werden könnten. Die Mitgl. sollten entscheiden, ob sie ihre „Macht“ in die Hände von den Del. dauerhaft legen wollen & ab welcher Größe. Den Taschenspielertrick aus der damaligen Führung sehen wir den Mitgl. gegenüber als nicht gerecht an.
- Satzungstechnische Fragen, z.B. wohin unsere AfD gehen soll, können nur so von der Masse getragen werden. Die Mitgl. sind nur sich selbst verpflichtet. Was die Del. auch sind. Diese werden jedoch von den Verbänden entsendet & das OHNE eine Möglichkeit, verbindlich auf deren Entscheid. einzuwirken. Niemand muss sich an Vorgaben halten, jeder kann nach seinem Gusto votieren, was die Repräsentation des Willens der Mitgl. nicht zwingend widerspiegeln kann. Somit steht auch der Del. dem Einfluss von außen schutzlos ggü. & kann manipuliert werden. Das ist bei Mitgl. weniger der Fall, da man nie weiß, wer alles teilnehmen wird. Die Repräsentation wäre so im Verband besser gegeben.
- Dass gerade Del. nicht bis zum Ende des BPT bleiben & diesen – trotz Kostenerst. - vorzeitig verlassen, ist nicht tragbar. Bei Mitgl. werden die Kosten nicht ersetzt, die Motivation, zu BPT zu fahren ist auch eine andere, & ein Großteil der Mitgl., die dort vertreten sind, repräsentieren besser einen Teil der AfD aus den LV, als die, die teils gänzlich oder zum größten Teil vorzeitig abreisen.
- Auch das Argument der angebl. Kosten hält nicht. Die DPT kosten der AfD durch Erstattungen sicher mehr, als ein MGPT. Das Argument ist auch den Mitgl. ggü. nicht gerecht, die sich für die AfD einsetzen und gegenüber jenen, denen die die AfD durch Fahrlässigkeit einzelner zig 1000€ an Strafen & Verfahrenskosten tragen muss. Nämlich einzelner exponierter Mitgl. Dafür kann man problemlos auch einen MGPT durchführen.

Wir können nur an Ihren gesunden Menschenverstand appellieren & für die Zustimmung der Dfg. zu einem MGPT bitten. Geben Sie d. Basis Ihre Stimme zurück & zeigen Sie damit, dass die AfD anders ist & nicht zu dem Altparteienblock gehört.



3. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Unser Grundsatzprogramm ist die tragende Säule der Identität der Alternative für Deutschland.

So proklamiert unser aller Grundsatzprogramm im allerersten Satz unsere Forderung nach direkter Demokratie und somit unser 1. Gebot. Weiterhin fordern wir Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild und die Direktwahl des Bundespräsidenten durch das Volk.

In Konsequenz zu unserem 1. Gebot und Sicherstellung unserer Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit gegenüber unseren Mitgliedern und Wählern gebietet sich daher selbstverständlich die ausnahmslose Durchführung von Mitgliederparteitagen.

Unsere Glaubwürdigkeit ist der dauerhaften Beschädigung ausgesetzt, wenn bereits in unseren eigenen Reihen Mitgliedern ihre Rechte entzogen werden.

Nicht jeder unserer über 33.000 Mitstreiter wird von diesem Recht Gebrauch machen wollen oder können. Das Grundrecht dazu sollte ihm jedoch von keiner innerparteilichen Instanz streitig gemacht werden.

Organisatorische und finanzielle Vorbehalte haben ebenfalls zurückzustehen.

4. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Der Weg, der bis hierher schon beschritten werden musste, um Mitgliederparteitage der AfD überhaupt möglich machen zu können, spricht für sich – nicht für eine Partei, die eine Alternative zu sein verkündete. In der CDU macht man sich allein die Mühe schon nicht mehr. Das Ergebnis: die Allmacht Merkels in einer straff durchorganisierten, auf Untertanentum und Anbiederung beruhenden ehemaligen Volkspartei, die vom Anbeten der Führerin und der Wiederholung ihrer noch so abstrusen Phrasen, ja selbst der Rechtfertigung ihres schwersten Verfassungsbruchs von 2015, lebt. Abgerichtete Meinungen und Ideen, Zerschlagung, wenn Meinungen nicht passen und Lob für gleichgeschaltetes Schwafeln (natürlich auch in barer Münze) gehören dazu. All dies wird ergänzt durch großteiligen Hass von Anbetern Merkels auf kritische Sichtweisen einer Werteunion.

Das sollte uns eine Lehre sein!

Alle Argumente gegen einen Mitgliederparteitag der AfD, die allein finanzielle und organisatorische Fragen in den Mittelpunkt rücken, haben nicht die geringste Durchschlagskraft. Denn: Als die AfD noch nicht einmal über vergleichbare Voraussetzungen wie heute verfügte, fanden Mitgliederparteitage statt. Diese Partei überlebte im Jahre 2015 ihren Untergang mit Lucke, gerade weil auf dem Essener Bundesparteitag alle interessierten Mitglieder vertreten waren.

Wer unter innerparteilicher Demokratie in der AfD schon wieder oder immer noch den Demokratischen Zentralismus Lenins versteht, verwandelt diese Partei auf Dauer in eine CDU 2.0. Gerade das wollen die Mitglieder an der Basis nicht. Sie wollen mitentscheiden, wenn es um grundlegende Fragen geht, erst recht um Schicksalsfragen. Sie wollen gehört werden. Sie dürfen erwarten, dass ihre Meinung zählt. Und sie wollen nicht weiter unter einer Spaltung ihres Bezirksverbandes bluten, der schon längst die Schemata Etablierter übernommen hat.

Wer meint, als Parteifunktionär auf die Meinung der Basis verzichten zu können, der wird später als Staatsfunktionär leichtfertig auf die Meinung des deutschen Volkes verzichten wollen.

Mitgliederparteitage sind anstrengend - ja. Aber anstrengender und unseren Gründungsidealen abträglich sind Führungskräfte, die gern nur noch ihre Mehrheiten organisieren, und Mitglieder, die jenen widerspruchslos folgen.

Mitgliederparteitage sind ein willkommenes Korrektiv, denn obzwar möglich, sollte es schwerfallen, jedes Mitglied unserer Partei einfach so zu vereinnahmen, also abrichten zu können.

Nur die Besten können unsere Partei führen und unser Vaterland retten, wenn die Mehrheit der einfachen Mitglieder hinter ihnen steht.

Neun Minuten stehender Ovationen auf einem CDU-Parteitag für Merkel trotz Verfassungsbruchs – wollen wir das auch in der AfD? War dort die Basis vertreten, an der es hernach so brodelte?

Mitgliederparteitage unterscheiden uns von derartigen politischen Zirkusdarbietungen!



5. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Unser zentraler Diskussionspunkt ist, dass gerade in der AfD als junge Partei auf Basisdemokratie nicht verzichtet werden darf. Im Ergebnis der Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen hat sich die AfD parlamentarisch etabliert. Dieser erfreuliche Entwicklung wird begleitet von der Tatsache, eine ganze Reihe führender AfD Politiker multifunktionell unterwegs sind. Das führt verschiedentlich zur Überlastung Einzelner, kann auch eine innerparteiliche Hackordnung zur Folge haben, so wie es bei den Altparteien der Fall ist. Dem wollen wir als Alternative möglichst nicht folgen.

Die Trennung von Parteiamt und Mandat steht zur Debatte. Ohne der Versuch einer generellen Regelung unternommen zu werden, kann sich bei Delegierten-konferenzen die Sachlage so gestalten, dass die Amts- und Mandatsträger die Entscheidungen maßgeblich bestimmen. Die logische Konsequenz für die innerparteiliche Demokratie ist die Einführung von Mitgliederparteitagen.

Wir sind uns dessen bewusst, dass diese Forderung logistische und finanzielle Lösungen erfordert; das sollten wir uns wert sein. Dennoch sind 600 Delegierte nicht mehr repräsentativ für über 35000 Mitglieder.

Ein **gangbarer Kompromiss und die absolute Mindestlösung** wäre die deutliche Aufstockung eines Delegiertenparteitags auf z.B. 1000-2000 Delegierte – oder je einem Delegierten pro angefangene 30 Mitglieder.

Die innerparteiliche Kommunikation zwischen den Vorständen bis zum einzelnen Mitglied sollte weiter entwickelt werden bis hin zu Online-Abstimmungen bei wichtigen Themen.

6. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Vorliegende Stellungnahme ist inhaltlich auf den Antrag gerichtet:

Basisdemokratie ist ein unverzichtbares Teil des Selbstverständnisses der AfD.

Nicht umsonst ist die Forderung nach Volksabstimmungen politisches Alleinstellungsmerkmal der AfD, dieses demokratische Grundprinzip sollte somit auch die innerparteilichen Entscheidungsprozesse bestimmen.

Das Beispiel der Altparteien zeigt, dass Delegiertensysteme die Mitgliederschaft als eigentlichen Souverän der Partei entmachten und an ihre Stelle die Entscheidungshoheit einer Gruppe von führenden Funktionären und Multifunktionsträgern setzen können, somit als Scheindemokratie statt gelebter Basisdemokratie wirken.

Innerparteiliche Diskussionen zeigen, dass eine erhebliche Mitgliederzahl den Widerspruch zwischen Delegiertensystem und Basisdemokratie kritisch sieht.

Die Unterzeichner halten es für zielführend, diesen Widerspruch durch die Einführung von Mitgliederparteitagen auf allen Gliederungsebenen aufzulösen.

Gleichzeitig bestehen logistische und finanzielle Sachzwänge, die gegen Mitgliederparteitage sprechen.

Aus Sicht der Unterzeichner ist zunächst ein Bundesparteitag als Mitgliederparteitag erforderlich, der einerseits den Mitgliedern die Möglichkeit eröffnet, ergebnisoffen Lösungswege unter Berücksichtigung der Sachzwänge zu suchen und basisdemokratisch zu beschließen, andererseits auch ggf. notwendige Satzungsänderungen beschließen kann.

Die Unterzeichner sprechen sich daher FÜR den o. g. Antrag aus.

7. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

„Der Bestand der Demokratie im Staat hängt ab von der Pflege der Demokratie in den Parteien. Nur wenn den plebiszitären Kräften innerhalb der Verbände und Parteien ausreichend Spielraum gewährt wird, kann eine Repräsentativverfassung sich entfalten.“

Ernst Fraenkel (deutsch-amerikanischer Jurist u. Politikwissenschaftler)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ist die Verkrustung der AfD etwa ein Trend, nach dem wir streben?

Wünschenswert ist Parteiverkrustung sicherlich für einzelne Funktionäre und ihre Individualinteressen: Parteiverkrustung nützt der Machtkonsolidierung kleinerer (Interessen-)Gruppen und Cliques innerhalb der Partei.

Im AfD-Grundsatzprogramm ist an keiner Stelle die Rede davon, dass die Funktionärs- und Kaderdemokratie für uns ein erstrebenswertes Gut ist. Im Gegenteil: Laut AfD-Grundsatzprogramm ist vielmehr die direktdemokratische Mitwirkung aller Mitglieder am freien Meinungsbildungsprozess unsere gültige Maxime. Vor diesem Hintergrund bestehe ich auf dem Recht und der Freiheit, auch als einfaches Mitglied an Parteitag teilnehmen und abstimmen zu dürfen, um meiner Kontrollfunktion nachkommen zu können: Diese Form der politischen Teilhabe und Mitwirkung ist m. E. für die Pflege der Demokratie innerhalb unserer Partei unerlässlich. Gelenkte und gesteuerte Demokratie ist eben nicht gleichbedeutend mit Professionalisierung, sie ist vielmehr defizitär (sie ist ein Defizit der repräsentativen Demokratie). Meiner Meinung nach würde es die politische Wettbewerbsfähigkeit der AfD stärken, wenn wir im gesellschaftlichen Diskurs proaktiv auf diese Defizite aufmerksam machen, anstatt immerfort zu versuchen, „das Stöckchen zu fangen“, das uns im Herrschaftsdiskurs zugeworfen wird: Wir brauchen nicht noch mehr parteienstaatliche Verkrustung und noch mehr Funktionärspartei, sondern weniger; ein „Zentralkomitee“ brauchen wir ebensowenig. Das Argument, ein Mitgliederparteitag würde ein nicht repräsentatives Bild der Gesamtmitgliedschaft zeichnen - das maßgeblich von der Örtlichkeit, der Ausrichtung und der jeweiligen Anfahrtstrecke abhängig sei - ist nur ein Scheinargument. Die Mitglieder der AfD definieren sich nicht in erster Linie über ihren jeweiligen geographischen Wohnort, sondern über das Parteiprogramm! Das Ankommen im parlamentarischen Herrschaftssystem ist uns 2017 zwar durch den Einzug in den Bundestag gelungen, gleichwohl sollten wir wachsam bleiben gegenüber dessen Konformitätszwang. Mit dem Verzicht auf das Ideal der Versammlungsdemokratie läuft die AfD meiner Meinung nach Gefahr, sich den o.g. Defiziten unkritisch anzupassen. Deshalb fordere ich den AfD-Mitgliederparteitag als probates Mittel dafür, die parteiinterne Demokratie lebendig zu halten.

Ferner bitte ich darum, die derzeitige Corona-Krisensituation nicht dafür zu nutzen, das Prinzip der Versammlungsdemokratie vollends über Bord zu werfen. Der Mitgliederparteitag als Korrektiv ist unverzichtbar!

8. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Gleich vorweg: Eine Partei wie die AfD, die angetreten ist, Demokratie und Grundwerte zu achten, darf sich nicht dem erklärten Willen ihrer Mitglieder verweigern. Das gilt besonders für die AfD, die in ihrem Grundsatzprogramm Volksabstimmungen und freie Listenwahl anmahnt, Lobbyismus sowie Berufspolitikertum kritisiert.

Deshalb ist es auch folgerichtig, zu beantragen, Bundesparteitage demnächst als Mitgliederparteitage einzuberufen. Das heißt, auch das leidige Delegiertensystem ist damit beendet. Es ist mit den Gründungsidealen der AfD nicht vereinbar, dient nur der Machterhaltung einer Funktionärsklasse. Oft sind es „berufsmäßige“ Dauerdelegierte, die seit Jahren in vielen Kreisverbänden immer wieder gezielt gewählt werden (Beispiele en masse). Das zeigte sich einmal mehr auf dem BPT in Braunschweig, wo es bei den Delegierten eine gelenkte Lagerbildung gab, garniert mit Pfui-Rufen und Missachtung einiger Kandidaten. Die Wahl-Ergebnisse waren dementsprechend.

Wollen wir das? Nein! Auf Bundesparteitagen muss die vielgerühmte Basisdemokratie praktiziert werden. Alexander Gauland spricht von „den kleinen Leuten, die auch mal was sagen wollen.“ Genau: die „ganz normalen“ AfD-Mitglieder, also das Volk (mittelhochdeutsch vole = Leute), dürfen gnädigerweise auch mal was sagen. Doch jetzt will dieses Parteivolk auch ohne Delegiertenauftrag mitentscheiden. Es nimmt für sich in Anspruch, was das Grundsatzprogramm verspricht. Denn nur so wird die AfD zur wirklichen Volkspartei. Ja, da geht es auch um den vielgerühmten Mut zur Wahrheit. Wahr ist aber auch, dass erfolgreiche Politik auch immer organisierte Meinung ist. Das darf aber nicht zu Auswüchsen führen wie bei Landesparteitagen, wenn Mitglieder mit Bussen (inklusive Würstchen und Freibier) als Stimmungsmacher herangekarrt werden. Das gilt es bei Bundesparteitagen zu verhindern. Auch unsinnig, mit logistischen und finanziellen Bedenken diesen Antrag in Frage zu stellen. Für die rund 36.000 AfD-Mitglieder muss man nicht das Berliner Olympiastadion mieten, denn erfahrungsgemäß kommt eh nur ein Bruchteil von Mitgliedern.

Ebenso sollte der Bundesvorstand die Verwirrspiele mit Spitzfindigkeiten und langatmigen Ausführungen unterlassen. Das führt zu nichts, verwirrt nur. Für eine moderne Oppositionspartei gibt es genügend Möglichkeiten, um Mitgliederparteitage korrekt zu organisieren. So etwa mit online-Wahlen, oder begrenzter Teilnehmerzahl der Kreisverbände von maximal 20 bis 30 repräsentativen Personen.

Man kann den AfD-Oberern nur raten, sich einsichtig zu zeigen. Sie sollten nicht vergessen, dass sie ihre Karriere vor allem den „normalen“ Mitgliedern verdanken. Und die bringen an der Front viele Opfer, sind Anfeindungen ausgesetzt. Daher ist ihre Forderung mehr als verständlich, dass sie jetzt auch bei Bundesparteitagen mitwählen dürfen. Volkes Stimme im wahrsten Sinne: egal, ob analog oder digital!

9. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Die Entscheidung, ob künftig Mitgliederparteitage (MPT) abgehalten werden oder nur noch Delegiertenparteitage, müssen die Mitglieder treffen dürfen. Es kann nicht sein, dass dies in undemokratischer Weise, über die Köpfe der Mitglieder hinweg, nur durch Delegierte entschieden wird.

Nur für diesen Entscheid ist ein MPT 2020 erforderlich.

Die Kosten und Herausforderungen, die ein MPT mit sich bringt, sind zu bewältigen, weil ohnehin immer nur ca. 15% erscheinen. Unabhängig vom Aufwand geht es bei dieser Frage alleine darum, ob wir eine Alternative bleiben wollen oder lieber zur betreuten Demokratie wechseln wollen.

Für solch eine grundlegende Entscheidung müssen wir uns die Basisdemokratie jedoch auch etwas kosten lassen. Gerade wir als AfD, mit der Forderung nach Volksabstimmungen etc., können in so einer Frage die Basisdemokratie nicht mit Füßen treten, indem den Mitgliedern vorgeschrieben wird, diese Entscheidung aus Kostengründen zu delegieren. Dies machte uns bei jedem denkenden Menschen komplett unglaubwürdig.

Es stellt sich ohnehin die Frage, wie einige unsere Amtsträger auf die Idee kommen, gegen einen MPT zu argumentieren und damit die Mitbestimmung der Mitglieder untergraben.

Die Kosten und der Aufwand lassen sich übrigens durch Online-Parteitage reduzieren, es muss nur der Wille dazu vorhanden sein, gerade jetzt mit den Erfahrungen von Corona.

So wie die anderen Parteien oder unser Staat überhaupt gegen den klaren Willen der Mitglieder oder Bürger regiert werden, Sie alle kennen genügend Beispiele dafür, so versucht man es natürlich auch mit der AfD zu machen. Es ist eine permanent genutzte Methode in der BRD und ähnlichen Systemen gewesen, durch verschiedene Maßnahmen wie der Political Correctness oder einem zum Teil mehrstufigen Repräsentantensystem, den Willen der Basis abzuwürgen oder zu verwässern. Mit verschiedenen Mitteln ist es immer wieder gelungen, demokratische Entscheidungen vom eigentlichen Willen der Basis weg zu steuern. Als Beispiel sei nur an diesen Wahnsinn mit der Flüchtlingsinvasion erinnert, sowohl in der CDU als auch in der SPD wollten die Mitglieder diese Politik nicht, dennoch wurde sie gemacht. Über Basisdemokratie wäre eine komplett andere Politik in diesen Parteien gemacht worden!

"Repräsentative Demokratie" ist ein ganz wesentliches Mittel um Politik gegen die Basis machen zu können, nur so war das totale Abdriften unserer gesamten politischen Landschaft nach links möglich. Mit Volksbefragungen, also Basisdemokratie, wären diese Veränderungen unmöglich gewesen. Daher ist der MPT, neben anderen Maßnahmen, etwas das wir als Alternative unbedingt bewahren müssen, sonst werden wir uns über kurz oder lang auch zu einer fremdbestimmten Systempartei entwickeln.

10. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Nachstehende Stellungnahme ist inhaltlich für den Antrag gerichtet:

Logistische und finanzielle Gegenargumente gegen Mitgliederparteitage existieren tatsächlich, können aber bei gutem Willen gelöst werden.

Nach Abwägung des Für und Wider verbleibt als zentraler Diskussionspunkt die „Oligarchisierung“ der AfD. Diese Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) hat alle Altparteien in undemokratisch funktionierende Gebilde verwandelt, in denen eine kleine Gruppe führender Funktionäre die Mitgliederschaft über das Delegiertensystem entmachtet. Damit können – wie von einem Zentralkomitee - weitreichende politische Entscheidungen, sowohl gegen den überwältigenden Willen der Mitgliederbasis als auch gegen das eigene Parteiprogramm, durchgesetzt werden. Wenn diese laufende Oligarchisierung unserer Alternative für Deutschland nicht sofort gestoppt wird, geht die AfD endgültig an das Altparteiensystem verloren und kann dieses nicht mehr überwinden, um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes wiederherzustellen. Welche Gefahren durch führende Funktionäre drohen, die ihre Eigeninteressen über das Parteiinteresse stellen und diese mit Hilfe eingependeter Delegierter durchsetzen, s. Mitgliederparteitag.

Gegen diese unmittelbare Gefahr der Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) existiert genau ein Gegenmittel: die Basisdemokratie, d.h. wirkliche Demokratie – anstatt Fassaden-Demokratie über das Delegiertensystem. Nicht umsonst ist die Forderung nach Volksabstimmungen ein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Und was wir für die Gesellschaft insgesamt fordern, sollten wir erst einmal parteiintern selbst vorleben.

Aus diesem Grunde wirkt die Einführung von Mitgliederparteitagen auf allen Gliederungsebenen zuerst einmal wie eine Sofortmaßnahme am Unfallort, um die laufende Oligarchisierung über das Delegiertensystem sofort zu stoppen! Anschließend können gerne weitergehende Reformvorschläge gemacht werden - wie z.B. deutschlandweite Onlineabstimmungen oder grundsätzliche Änderungen am bisherigen Delegiertensystem durch z.B. Rotationsverfahren - die ein Eigenleben der Führungskader sicher verhindern. Der basisdemokratische Entscheidungsprozess sollte ständig weiterentwickelt und an die technischen Möglichkeiten der Zeit angepasst werden, damit er auch dann noch verlässlich funktioniert, wenn die AfD ein Vielfaches an Mitgliedern haben wird, im Vergleich zu heute.

11. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Ein Mitgliederparteitag ist in 2020 erforderlich, damit auf eine demokratische Weise von Mitgliedern und nicht durch Delegierte abgestimmt werden kann, ob künftig Mitgliederparteitage stattfinden. Delegierte werden gewählt und abgewählt – aber wir als Mitglieder bleiben!

Erfahrungsgemäß erscheinen bei den Parteitagen ca. 15% aller Mitglieder. Die hierbei entstehenden Kosten sind eine wertvolle Investition in die Zukunft unserer Partei.

„Die Alternative“, die wir sein und bleiben wollen, stellen wir dadurch uns und unseren Wählern gegenüber nachhaltig unter Beweis. Wir praktizieren damit an der Basis eine demokratische Vorgehensweise, in dem und durch die **wir uns weiterentwickeln!** Durch künftige Mitgliederparteitage legen wir dafür permanent Zeugnis ab.

Als emanzipierte Mitglieder ergänzen wir dadurch die repräsentative Demokratie um basisdemokratische Elemente wie Volksabstimmungen oder Volksentscheide, indem wir als Partei mit gutem Beispiel für Basisdemokratie vorangehen.

Stehen wir für Volksabstimmungen, so **wollen wir mit einem Mitgliederparteitag im Jahre 2020 zuerst bei uns anfangen!**

12. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Logistische und finanzielle Gegenargumente gegen Mitgliederparteitage existieren tatsächlich, können aber bei gutem Willen gelöst werden. Nachhaltige Lösungsmaßnahmen schlug Hauptantragsteller Hansjörg Müller in der bisherigen Diskussion bereits vor.

Nach Abwägung des Für und Wider verbleibt als zentraler Diskussionspunkt die „Oligarchisierung“ der AfD. Diese Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) hat alle Altparteien in undemokratisch funktionierende Gebilde verwandelt, in denen eine kleine Gruppe führender Funktionäre die Mitgliederschaft über das Delegiertensystem entmachtet. Damit können – wie von einem Zentralkomitee - weitreichende politische Entscheidungen, sowohl gegen den überwältigenden Willen der Mitgliederbasis als auch gegen das eigene Parteiprogramm, durchgesetzt werden. Wenn diese laufende Oligarchisierung unserer Alternative für Deutschland nicht sofort gestoppt wird, geht die AfD endgültig an das Altparteiensystem verloren und kann dieses nicht mehr überwinden, um die Freiheitlich Demokratische Grundordnung auf dem Boden des Grundgesetzes wiederherzustellen. Die Mechanismen, wie Funktionäre ihre Eigeninteressen über das Interesse von Land, Partei und Mitgliedern stellen, beschrieb Robert Michels 1911 in seinem Standardwerk "Das eherne Gesetz der Oligarchie". Die Umsetzung erfolgt über Delegierte.

Gegen diese unmittelbare Gefahr der Oligarchisierung (d.h. „Herrschaft ganz weniger über ganz viele“) existiert genau ein Gegenmittel: die Basisdemokratie, d.h. wirkliche Demokratie – anstatt Fassaden-Demokratie über das Delegiertensystem. Nicht umsonst ist die Forderung nach Volksabstimmungen ein Alleinstellungsmerkmal der AfD. Und was wir für die Gesellschaft insgesamt fordern, sollten wir erst einmal parteiintern selbst vorleben.

Aus diesem Grunde wirkt die Einführung von Mitgliederparteitagen auf allen Gliederungsebenen zuerst einmal wie eine Sofortmaßnahme am Unfallort, um die laufende Oligarchisierung über das Delegiertensystem sofort zu stoppen! Anschließend können gerne weitergehende Reformvorschläge gemacht werden - wie z.B. deutschlandweite Onlineabstimmungen oder grundsätzliche Änderungen am bisherigen Delegiertensystem durch z.B. Rotationsverfahren - die ein Eigenleben der Führungskader sicher verhindern. Der basisdemokratische Entscheidungsprozess sollte ständig weiterentwickelt und an die technischen Möglichkeiten der Zeit angepasst werden, damit er auch dann noch verlässlich funktioniert, wenn die AfD ein Vielfaches an Mitgliedern haben wird, im Vergleich zu heute.

13. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

Die nachfolgenden Unterzeichner sind für Mitgliederparteitage (MPT).

Die AfD wurde als ausgeprägt basisdemokratische Partei gegründet, inzwischen entscheidet aber eine kleine Kaste ausgesuchter Personen, die sich unter ihresgleichen mit ähnlichen Haltungen und leider auch finanziellen Interessen auf Pöstchen rekrutiert hat.

Es ist höchste Zeit, diesen undemokratischen Auswüchsen Einhalt zu gebieten und zum Gründungsgedanken wieder zurückzukehren.

Das ständige Argument, die Kosten und Herausforderungen, die ein MPT mit sich bringt, sind nicht zu bewältigen, stimmt nicht. Die Partei hat bereits mehrmals sehr erfolgreich bewiesen, dass es geht! MPT werden allen Kritikern zeigen, dass wir eine Alternative für Deutschland bleiben und die Basisdemokratie *der* Maßstab ist. Für eine solch grundlegende Entscheidung müssen wir uns die Basisdemokratie auch etwas kosten lassen.

In allen Gremien der Parlamente in Bund, Land und Kommune vertreten wir die massive Einbindung der Bürger vor Ort in allen wesentlichen Entscheidungsprozessen. Wir dürfen unsere mühsam über die Jahre erworbene Glaubwürdigkeit nicht aufs Spiel setzen. Zeigen wir weiterhin, dass Mitgliederparteitage unser Erfolgsmodell bleibt und ist.

14. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

JA zum Mitgliederentscheid "Pro Mitgliederparteitage"

- Eine AfD ohne Mitgliederparteitage ist eigentlich keine Alternative mehr. Die AfD ähnelt mit der Zeit zu sehr einer Altpartei, wo die abgehobene Bundesparteispitze mit den einfachen Mitgliedern in den Kreisen praktisch nichts mehr zu tun hat. (Siehe SPD, Grüne oder CDU).
- Wenn die Partei einmal den Kontakt zur Basis verloren hat, wird sie unwiederbringlich eine abgehobene Funktionärspartei bleiben.
- Die Umfragewerte und Wahlergebnisse werden weiter einbrechen, da wir hauptsächlich von denjenigen gewählt wurden, die auf eine Alternative hoffen, die anders ist, als die Altparteien.
- Mitgliederparteitage sind gelebte Demokratie
- Seitdem wir Delegiertenparteitage haben, sinken unsere Umfragewerte drastisch, aus welchen Gründen auch immer. Dieser Fakt bleibt.
- Die Spitze der Partei entfernt sich durch Delegiertenparteitage von Mal zu Mal immer mehr von der Basis der Partei.
- Durch jede indirekte Wahl wird der Mitgliederwillen verfälscht
- Niemand kann prüfen, ob die Delegierten auch wirklich so abstimmen, wie sie versprochen haben.
- Teilweise waren auf den Delegiertenparteitagen nach wenigen Stunden nur noch 400 von 600 Stimmberechtigten anwesend. Am Folgetag nur noch um die 300. Eigentlich fehlt dann schon die Legitimation des Parteitages.
- Weder hat sich bisher das Argument des Regionalproporz erfüllt, noch ist eine größere inhaltliche Kompetenz durch Delegierte feststellbar gewesen.
- Durch das Delegiertensystem wird das einfache Mitglied nur noch zum "Zahler der Beiträge" ohne aktives Stimmrecht auf Bundesebene degradiert.
- Mitgliederparteitage dienen zum bundesweiten Kontakt aller aktiven Mitglieder, zu einem Kennenlernen, zu einem Ort des Austausches und der Kommunikation. Es stärkt das bundesweite Zusammengehörigkeitsgefühl. Gerade für uns als stark bekämpfte AfD ist dieses Zusammengehörigkeitsgefühl unendlich wichtig!

Es wird deshalb empfohlen, bei dem Mitgliederentscheid JA zu stimmen.

Für Mitgliederparteitage!

15. 25 Mitglieder

Stellungnahme: für den Antrag

"Mitbestimmung nach schweizer Vorbild" als Ideal steht im Parteiprogramm der AfD.

Doch hat das einfache Mitglied de facto keine Möglichkeit, auf dem Bundesparteitag mitzubestimmen. Dessen Delegierte sind fast ausschließlich Funktionäre oder Angestellte in Parteigliederungen, die gut vernetzt sind, sich absprechen und Listenplätze vorab verteilen und sich durch Absprachen gegenseitig wählen.

Oft haben sie eine Parteikarriere im Sinn.

Dagegen möchte das einfache Mitglied einzig und allein mitbestimmen bei der politischen Ausrichtung, um die desolante Politik in Deutschland und ggf. Europa zu ändern.

Es hat weder Karriereabsichten, noch Zeit dazu, sich in der Partei zu engagieren, weil Beruf und Familie Vorrang haben und die Stigmatisierung der Partei persönlich schadet.

Es ist daher im Kreisverband wenig bekannt und noch weniger bei Bezirks- und Landesparteitagen.

Daher auch nicht vernetzt.

Auch will es allein nach seiner Überzeugung ganz unabhängig abstimmen und will sich daher auch nicht an eine Gruppe binden.

Sehr gering ist daher seine Chance, als einer oder eine von 600 Delegierten gewählt zu werden und mitbestimmen zu können. Das betrifft geschätzt 90% der Mitglieder bzw. rd. 30.000 Personen .

Funktionärspartei oder Mitgliederpartei?

Nur Letzteres ist unsere Alternative vom Gründungsgedanken her und sollte es wieder werden.

Dies spricht **für Mitgliederparteitage!**

Inhaltlich gegen den Antrag

1. Bundesvorstand

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Bundesvorstand lehnt den Antrag inhaltlich ab. Maßgeblich sind hierfür insbesondere die folgenden Punkte:

1. Repräsentation: Die Landesverbände sind durch das Delegiertensystem demokratisch und regional bei einem Delegiertenparteitag repräsentiert. Jedes Mitglied erhält mittelbar durch seine Delegierten vor Ort eine Stimme. Bei einem Mitgliederparteitag werden immer verhältnismäßig mehr Mitglieder aus dem direkten Umkreis des Veranstaltungsortes anwesend sein als aus weiter entfernten Gebietsverbänden. So wird die Auswahl des Veranstaltungsortes zum Politikum. Ferner kann es zur Überrepräsentation von Mitgliedern aus solchen Gebietsverbänden kommen, die ausreichend Geld investieren, damit möglichst viele eigene Mitglieder anreisen, um Abstimmungsergebnisse im Sinne ihrer oder der Agenda eines Gebietsverbandes erreichen zu können.
2. Logistik/Planbarkeit: Um das Risiko zu minimieren, dass ein Bundesparteitag aufgrund einer Überschreitung der zugelassenen Teilnehmerzahl abgebrochen werden muss, wäre eine Halle für wenigstens 20 % der Mitglieder vorzuhalten. Solche Hallen sind rar und meist auf Jahre ausgebucht. Auch wenn eine solche Halle gefunden würde, bliebe das hohe Risiko, dass die Kapazität nicht ausreichend ist. Die Örtlichkeit muss im Umfeld über ausreichend Hotelkapazitäten verfügen, was die Auswahl weiter einschränkt oder aber die Mitglieder aus entfernteren Regionen massiv benachteiligt.
3. Sicherheit: Bei bekannter Teilnehmerzahl sind mit den Behörden abgestimmte Sicherheitskonzepte möglich. Die nicht voraussagbare Teilnehmerzahl eines Mitgliederparteitages reduziert massiv die Gewährleistung der Sicherheit der Teilnehmer wie auch der Veranstaltung an sich.
4. Kosten: Ginge man in der Planung von 20 %, aktuell also rund 7.000 teilnehmenden Mitgliedern aus, wäre pro Mitgliederparteitag grundsätzlich mit einer Million Euro zu rechnen, d. h. mit mehr als einer Verdoppelung der Kosten. Regelmäßig sind zwei Bundesparteitage pro Jahr abzuhalten. Über diese Finanzmittel verfügt der Bundesverband nicht, es stünde auch deutlich weniger Geld für politische Arbeit, Wahlkämpfe und die Professionalisierung der Parteistrukturen zur Verfügung.
5. Ziel des Antrags: In der Bundessatzung soll festgeschrieben werden, für alle Gliederungsebenen Mitgliederparteitage verpflichtend einzuführen. Die Möglichkeit eines Delegiertenparteitags in der jeweiligen Satzung ist Angelegenheit der Mitglieder der jeweiligen Gliederung und sollte nicht per Bundessatzung ausgeschlossen werden.
6. Covid-19/Corona: Neben den vorstehenden grundsätzlichen Erwägungen kommt aktuell die nicht absehbare Entwicklung bzgl. Covid-19/Corona hinzu. Sofern Großveranstaltungen überhaupt möglich sein werden, sind bspw. Vorgaben zu Abständen der Teilnehmer wahrscheinlich. Eine solche Halle kurzfristig zu finden, erscheint nahezu unmöglich. Der Beschluss eines Mitgliederparteitags könnte dazu führen, dass dieses Jahr gar kein Bundesparteitag stattfindet.

Insgesamt ist der Antrag daher abzulehnen.

2. Bundesprogrammkommission

Stellungnahme: gegen den Antrag

Die Bundesprogrammkommission nimmt wie folgt zum Antrag des Mitgliederentscheids zur Durchführung eines Bundesparteitags als Mitgliederparteitag Stellung:

- Alleiniger Zweck eines Mitgliederparteitages auf Bundesebene soll sein, dort eine Satzungsänderung zu beschließen, welche die maßgebliche Beratungs- und Entscheidungsstruktur der Partei für die Zukunft alleine durch Mitgliederparteitage darstellen will.
- Seit Gründung der Partei wissen wir, dass typischerweise mehr als 80 % aller juristischen Mitglieder sich kaum bis gar nicht aktiv an der Parteiarbeit beteiligen. Ihre Mitgliedschaft ist offensichtlich nur auf ideelle und ggfls. materielle Unterstützung des Projekts AfD gerichtet. Dies entspricht den Gegebenheiten aller anderen Parteien.
- Dies bedeutet, dass nur eine Minderheit mit einiger Regelmäßigkeit Versammlungen und Parteitage besucht, aktiv Wahlkampf- und Organisationsarbeit leistet und sich um Ämter, Mandate und eben auch Delegiertenfunktionen bewirbt. Dies gilt in verstärktem Maße für die Programmarbeit, welche intensive Beschäftigung mit allen Feldern der Sachpolitik und ein besonderes Maß an Expertise und Beratungsintensität erfordert.
- Da in demokratischer Logik zu Recht alle wichtigen Entscheidungen innerhalb der Partei auf Parteitag zu treffen sind, können solche Entscheidungen nur qualitativ getroffen werden im Kreise von Parteimitgliedern, die dauerhaft, nachhaltig und mit einer gewissen Intensität an den innerparteilichen Meinungsbildungsprozessen teilnehmen.
- Mitgliederparteitage waren und sind immer von einzelnen Entscheidungsgegenständen, den Entfernungen von Wohnort zu Tagungsort, den Wetterverhältnissen, den Kosten der Teilnahme und Umständen abhängig, die nur beschränkt ein vertieftes Engagement um die Qualität und das Wohl der Partei widerspiegeln.
- Delegiertenparteitage bieten die Chance einer proportionalen regionalen, personalen und damit politischen Repräsentanz aller Mitglieder.
- Ein Bundesdelegiertenparteitag mit 600 Mitgliedern, wie derzeit satzungsmäßig festgelegt, kostet um die 400.000 Euro. Schon diese Größenordnung einer Versammlung lässt nur eine begrenzte Zahl von Tagungsorten zu.
- Ein Mitgliederparteitag des Bundesverbandes kann selbst bei einer Teilnahme von nur 20 % der Mitglieder leicht um die 6.000 Besucher haben. Dafür gibt es kaum Veranstaltungsmöglichkeiten, allemal für die AfD. Er wird Kosten verursachen von einem mehrfachen der bisher üblichen 400.000 Euro. Ein solcher Entzug von Mitteln, welcher die ohnehin eingeschränkte Kampf- und Wahlkampffähigkeit der Partei einschränkt, gefährdet unsere Handlungsfähigkeit als Partei.
- In der Atmosphäre einer Sportarena mit Tausenden von Menschen Personal- und diffizile politisch-programmatische Fragen zu diskutieren ist unmöglich. Wer ein solches Format als einzige Diskussions- und Entscheidungsplattform für alle wichtigen Probleme will, macht eine qualifizierte politische Arbeit unmöglich.

3. Bundesfachausschüsse

1. Bundesfachausschuss 5

Stellungnahme: gegen den Antrag

„Der BFA 5 spricht sich gegen die Einberufung von Mitgliederparteitagen aus“

Gründe, welche uns zu dieser Positionierung bewogen haben:

- Hohe Kosten für die Anmietung riesiger Hallen und der äußerst aufwändigen Organisation.
- Hohe Kosten pro Mitglied - manche Mitglieder könnten Ihr Mitgliedsrecht wegen der Kosten nicht wahrnehmen.
- Durch Delegiertenparteitagen wird garantiert, dass alle Landesverbände gemessen an ihrer jeweiligen Mitgliederzahl repräsentativ vertreten werden.

Mit Delegiertenparteitagen wird der berechtigte Anspruch der AfD-Mitglieder auf demokratische Mitwirkung erfüllt, denn Delegierte werden von den Mitgliedern direkt gewählt. Diese Vorgehensweise entspricht Art. 21 (1) Grundgesetz, der von Parteien verlangt: 'Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.'

4. Landesvorstände

1. Landesvorstand Rheinland-Pfalz

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Landesvorstand der AfD Rheinland-Pfalz lehnt den Antrag mit dem Inhalt, im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag durchzuführen, ab.

Prinzipiell ist die Durchführung von Mitgliederparteitagen auf allen Ebenen, auf denen dies möglich und sinnvoll ist, ein hohes Gut und wichtiges Merkmal des politischen Anspruchs der AfD. Gegen die Durchführung von Mitgliederparteitagen auf Bundesebene sprechen jedoch mittlerweile triftige Gründe: Zum einen erscheint das ohnehin schwierige Finden einer entsprechend großen Halle in Anbetracht der erfreulich gestiegenen Mitgliederzahl kaum mehr zu bewerkstelligen. Neben dem hohen organisatorischen Aufwand, um einen funktionsfähigen Parteitag sicherzustellen, sind dabei auch die hohen Kosten zu berücksichtigen. Doch selbst wenn sich eine bezahlbare Halle für mehrere tausend Personen fände, wäre ein Mitgliederparteitag nicht so repräsentativ wie ein Delegiertenparteitag. Während bei einem Delegiertenparteitag eine Repräsentanz aller Kreisverbände sichergestellt ist, würde ein Mitgliederparteitag immer nur ein nicht repräsentatives Bild der Gesamtmemberschaft zeichnen, das maßgeblich von der Örtlichkeit der Ausrichtung und der jeweiligen Anfahrtstrecke abhängig wäre. Dies gilt umso mehr, als dass Bundesparteitage zumeist mehrere Tage in Anspruch nehmen und ohne Anwesenheitsverpflichtung als Delegierter und der Möglichkeit einer Kostentragung der Spesen durch den Kreisverband die Wahrscheinlichkeit einer durchgehenden Anwesenheit gering und die einer steten Fluktuation der Anwesenden insbesondere an den An- und Abreisetagen hoch ist. Aus diesen Gründen hält der Landesvorstand der AfD Rheinland-Pfalz die Durchführung eines Bundesparteitages als Mitgliederparteitag – zumal noch im Jahr 2020 bei bestehender Corona-Problematik – nicht für sinnvoll.

2. Landesvorstand Berlin

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Vorstand des Landesverbandes der AfD Berlin hält es für falsch, Bundesparteitage als Mitgliederparteitage abzuhalten.

- Bei einer Mitgliederzahl auf Bundesebene von derzeit rund 38.000 erhöht ein Mitgliederparteitag die bekannten Schwierigkeiten bei der Raumsuche - von etwaigen behördlichen Restriktionen gegenüber Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Personen in Zeiten von Pandemien ganz abgesehen.
- Der finanzielle Aufwand steigt in unverhältnismäßiger Weise. Gerade mit Blick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf (sowie dem wünschenswerten Erwerb einer Immobilie) würde ein Mitgliederparteitag zu einer wesentlichen Schwächung der finanziellen Schlagkraft der Partei führen.
- Mitgliederparteitage machen die Ergebnisse in hohem Maße vom Ort des Parteitags abhängig, da die Ortswahl jene Landesverbände privilegiert, deren Mitglieder nicht allzu weit entfernt wohnen. Statt eines ausgewogenen Verhältnisses der Landesverbände nach Mitgliederzahlen (wie beim Delegiertenparteitag) herrscht die Willkür des Anreise- und Übernachtungsaufwands.
- Parteitage sind auch für die Teilnehmer teuer. Wer sich als Delegierter aufstellen lässt, weiß das und verpflichtet sich, die Kosten zu tragen. Von Mitgliedern kann das nicht erwartet werden. Bei einem Mitgliederparteitag werden daher nur solche Mitglieder kommen, die sich die Teilnahme - auch über mehrere Tage - leisten können. Das erscheint nicht eben als demokratischer Ansatz.
- Bei Delegiertenparteitagen sind Einflußnahmen auf die Wahlergebnisse durch das manipulative 'Herankarren' von Mitgliedern nicht möglich.

Fazit: Die nicht selten zu hörende Kritik an Delegiertenparteitagen ist irrig. Tatsächlich sind Delegiertenparteitage in ihrer Zusammensetzung auf Bundesebene weit weniger willkürlich als Mitgliederparteitagen. Damit sind logischerweise auch die dort beschlossenen Entscheidungen weniger willkürlich als jene, die auf eher zufällig 'zusammengewürfelten' Mitgliederparteitagen getroffen werden. Aus diesen Gründen lehnt der Landesvorstand Berlin die Durchführung von Bundesparteitagen als Mitgliederparteitag ab.

3. Landesvorstand Nordrhein-Westfalen

Stellungnahme: gegen den Antrag

Vorstand - Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 der Verfahrensordnung für Mitgliederentscheide

Ablehnung

Der Antrag zielt letztlich darauf ab, allen Gliederungen der Partei zwingend vorzuschreiben, Parteitage ausschließlich als Vollversammlungen auszurichten.

Die Theorie, damit sei ein Mehr an Demokratie verbunden, trifft nicht zu. Das könnte nur angenommen werden, wenn es Vollversammlungen in der Realität gäbe. Es gibt sie aber nicht. Unabhängig davon, ob ein Parteitag als Vollversammlung oder als Vertreterversammlung einberufen wird, nehmen nicht alle oder auch nur eine Mehrheit der Mitglieder teil. Der Parteitag ist immer ein Ausschnitt der Mitgliedschaft. Der Unterschied liegt darin, wie sich dieser Ausschnitt zusammensetzt.

Das Argument, wer zu einer Vollversammlung nicht anreise, verzichte freiwillig auf Mitbestimmung und dem geschehe kein Unrecht, wenn andere für ihn mitentscheiden, trägt allenfalls dort, wo eine persönliche Teilnahme für alle Mitglieder problemlos möglich ist. Das ist uneingeschränkt wohl nur auf Kreisebene (und in Bundesländern, die in ihrer Ausdehnung Kreisverbänden entsprechen) der Fall. Bei höheren Ebenen ist die Teilnahme an Parteitagen mit einem Aufwand an Zeit und Geld verbunden, den nicht alle Mitglieder gleichermaßen leisten können und wollen.

Ein „Mitgliederparteitag“ oberhalb der regionalen Ebene ist keine Vollversammlung, sondern eine Versammlung einer Minderheit von Mitgliedern, die nach Wohnort, Finanzkraft und verfügbarer Freizeit selektiert ist - also nach Zufallskriterien und (über die Auswahl des Ortes) vom ausrichtenden Vorstand. Dort besteht eine „Vollversammlung“ überdurchschnittlich aus den Mitgliedern, die in einem näheren Umkreis vom Versammlungsort wohnen. Ein Schnitt dürfte bei der Entfernung liegen, jenseits derer eine Hotelübernachtung nötig wird. Damit gewinnt die Frage des Veranstaltungsorts eine wesentliche Bedeutung. Wer ihn festlegt, erhält einen beträchtlichen Einfluß auf die Zusammensetzung der „Vollversammlung“.

Eine Vertreterversammlung stellt ebenfalls einen Ausschnitt der Mitgliedschaft dar. Diese repräsentiert die Gesamtmitgliedschaft aber gleichmäßiger, weil die Mitglieder aller Landesteile unabhängig vom Veranstaltungsort proportional vertreten sind. Die Verzerrung nach Wohnort wie auch nach Finanzkraft entfallen, weil die entsendende Gliederung die Teilnahme ihrer Vertreter finanziell unterstützen kann.

Man kann nominelle „Vollversammlungen“ auf Landes- und Bundesebene aus anderen Erwägungen anstreben. Was aber nicht zutrifft, ist die Behauptung, diese seien per se demokratischer. So oder so bildet eine Minderheit der Mitglieder das Organ „Parteitag“. Der Unterschied liegt darin, nach welchen Maßstäben diese Minderheit sich zusammensetzt.

Vorzugswürdig erscheint uns ein häufigerer Einsatz von Mitgliederentscheiden in wichtigen Sachfragen, da auf diesem Weg tatsächlich alle Mitglieder gleichermaßen an Entscheidungen beteiligt werden können.

4. Landesvorstand Hamburg

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Landesvorstand der AfD Hamburg empfiehlt, beim Mitgliederentscheid mit NEIN zu votieren.

Zur Begründung:

Die Befürworter des Mitgliederentscheids möchten einen Bundesparteitag als Mitgliederversammlung abhalten, weil sie der Auffassung sind, dies sei eine besonders basisdemokratische Form der innerparteilichen Demokratie. Auf diesem Bundesparteitag möchten sie durch eine Satzungsänderung sämtlichen Gliederungen verbieten, in Zukunft Delegiertenparteitag abzuhalten.

Die Entscheidung, ob Parteitage als Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen abgehalten werden, muss unserer Meinung nach unbedingt den einzelnen Gliederungen (Landesverbänden, Bezirksverbänden und Kreisverbänden) überlassen werden und darf nicht durch eine zentrale und autoritäre Vorgabe von oben entschieden werden. Der Hamburger Landesverband hat beispielsweise als kleiner Landesverband seit seinem Bestehen Landesparteitage immer als Mitgliederversammlungen durchgeführt und plant dies auch weiterhin für die Zukunft, da in unserem Stadtstaat die Wege kurz sind und aufgrund unserer Mitgliederzahl ein Delegiertensystem auf Landesebene undemokratisch wäre.

Es gibt aber andere, weitaus größere Landesverbände in großen Flächenländern, wo das genaue Gegenteil der Fall ist. Bereits die Auswahl des Veranstaltungsortes spielt dann bereits eine große Rolle: Mitglieder, die näher am Ort des Parteitages wohnen, können dann leichter an einem Parteitag teilnehmen als Mitglieder, die weiter weg wohnen. Dies verzerrt die Repräsentativität der Parteitagsteilnehmer. Bei einem Delegiertenparteitag haben alle gewählten Delegierten die Pflicht, anwesend zu sein und sind sich dieser Pflicht auch bei ihrer Wahl zum Delegierten im Klaren. Auch begünstigt so eine Regelung Erscheinungen von „Lastwagendemokratie“, bei dem einzelne Strömungen innerhalb der Partei gezielt ihnen genehme Mitglieder zum Parteitag transportieren, um die Mehrheitsverhältnisse in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Wir möchten als Hamburger auch unsere eigenen Erfahrungen in puncto Raumsuche für Parteitage in Erinnerung rufen. Für unsere Landesparteitage mit durchschnittlich 100 bis 150 Teilnehmern war es bereits im vergangenen Jahr nahezu unmöglich, aufgrund des politischen Drucks, der auf Privatleute ausgeübt wird, geeignete Räume zu finden. In öffentliche Räume mussten wir uns erst einklagen. Wenn in Zukunft auf Bundesebene Mitgliederversammlungen mit mehreren tausend Teilnehmern stattfinden sollen, befürchten wir schwerwiegende Probleme bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten – die überdies auch noch den Rahmen des Finanzierbaren sprengen.

5. Bezirks- und Kreisvorstände

1. Kreisvorstand Erzgebirge

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Vorstand des AfD-Kreisverbandes Erzgebirge spricht sich einstimmig gegen einen Mitgliederparteitag aus.

2. Kreisvorstand Trier

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand der AfD Trier lehnt den vorliegenden Antrag mehrheitlich ab.

Begründung:

So sehr wir die Intention der Antragsteller vor dem Hintergrund einer umfassenden Beteiligung der Parteibasis und größtmöglicher Basisdemokratie auch nachvollziehen können, ist dies aus vielerlei Gründen für uns in der Praxis nicht machbar.

- Zunächst einmal ist dies schon aus logistischen Gründen (Geeigneter Veranstaltungsort, geeignete Veranstaltungsortlokalität, Sicherheitskonzept) nicht praktikabel und umsetzbar.
- Zum anderen wäre der immens hohe organisatorische Aufwand für die Partei kaum zu bewältigen.
- Ferner würde ein solcher Mitgliederparteitag auf Bundesebene jeden finanziellen Rahmen sprengen und für unsere Partei zu immensen finanziellen Belastungen führen, welche in Abwägung beider Interessen (vollumfängliche Basisdemokratie und umfassende Beteiligung der Mitglieder vs. Kosten / verantwortungsvoller Umgang mit den uns anvertrauten Geldern) nicht verhältnismäßig wären.
- Und letztlich wird die Parteibasis durch die Vertreter der Kreisverbände in Form der gewählten Delegierten unseres Erachtens ausreichend und angemessen repräsentiert; da sich die Delegierten der Kreisverbände auf Bundesebene für die politischen Ziele der Basis einsetzen, die Meinung der Parteibasis vertreten und im Sinne der dieser agieren können, ist die Berücksichtigung der Parteibasis aus unserer Sicht in ausreichendem Maße sichergestellt und gewährleistet.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen müssen wir daher in Erwägung aller Vor- und Nachteile letztlich zu dem Ergebnis kommen, dass ein Mitgliederparteitag auf Bundesebene nicht umsetzbar ist. Insofern plädieren wir dafür, den vorliegenden und hier gegenständlichen Antrag abzulehnen.

3. Kreisvorstand Borken

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand Borken spricht sich gegen den Antrag aus, der Bundesvorstand solle im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag einberufen. Hierbei möchten wir jedoch wie folgt differenzieren:

1. Bundesparteitage sollten unserer Ansicht nach weiterhin als Delegierten-Parteitage stattfinden. Die Kosten und die Organisation von Mitgliederparteitagen auf dieser Ebene ufern völlig aus und die Gefahr einer Ämterpatronage ist vergleichsweise gering.
2. Landes- und Bezirksparteitage sollen dagegen als Mitgliederparteitage stattfinden. Das Delegierten-system birgt auf dieser Ebene die große Gefahr einer Ämterpatronage.

4. Kreisvorstand Heidenheim

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Vorstand des Kreisverbandes Heidenheim sagt zu diesem Antrag **nein**.

Begründung:

Über die Abhaltung von Parteitag als Mitglieder- oder Delegiertenparteitage soll jede Gliederung selbst entscheiden. Auf **Bundesebene ist dies abzulehnen**. Wir haben dabei durchaus Verständnis für das Anliegen der Antragsteller auf mehr Basisdemokratie.

Argumente:

- a. Organisatorische Gründe
 - Große Hallen sind rar gesät,
 - Haben einen hohen finanziellen Aufwand an Miete, Organisation und Sicherheitspersonal.
 - Anmeldungen nicht vorhersehbar,
 - wenn für 5.000 Personen Kapazität 7.000 Anmeldungen vorliegen. Wer wählt dann aus? Es wird wieder de facto „delegiert“.
 - Kreis- bzw. Landesverbände, die am oder in der Nähe des Veranstaltungsortes beheimatet sind im Vorteil. Ihr Stimmenanteil wäre dementsprechend höher als weit entferntere Mitgliederverbände.
 - Delegiertensystem ist standortunabhängiger.
- b. Zeitbedarf
 - Zeit für Rederecht, technische Schwierigkeiten insbesondere Abstimmungsgeräten sind gute Gründe für Teilnehmerbegrenzung.
- c. Sicherheitstechnische Gründe
 - Aufwand und Kosten für das Sicherheitspersonal wären noch höher als sonst. Mehrere Eingänge nötig, sonst würden riesige Schlangen entstehen.
 - Die Kosten der öffentlichen Hand würden erheblich steigen.
 - Großteile der Medien und der Öffentlichkeit hätten für den Aufwand kein Verständnis.
- d. Soziale Gründe
 - Mitglieder haben Reisekosten und Unterbringung, je nach Regelungen der Gliederungen, selbst zu bezahlen.
 - Anreisen über mehrere hundert Kilometer werden viele finanziell überfordern. Bevorzugt würden die, die sich das leisten können und wollen.
 - Delegierten werden die Kosten meist erstattet.

Fazit: Mitgliederparteitage auf Bundesebene,

- sind organisatorisch eine fast unlösbare Aufgabe. Die anfallenden riesigen Mehrkosten sind besser für andere Zwecke zu verwenden.
- sind kaum querschnittliche Basisparteitage sondern es entstehen Ungleichgewichte aus der Nähe zum Veranstaltungsort und finanziellen Möglichkeiten der Parteifreunde.
- erfordern einen noch höheren staatlichen Aufwand und würden bei Presse und Öffentlichkeit auf Unverständnis stoßen.

Vielleicht findet das digitale Zeitalter einmal einen Weg solche Parteitage online abzuhalten.

5. Kreisvorstand Uckermark

Stellungnahme: gegen den Antrag

„Sehr geehrte Damen und Herren Parteikollegen,
aus unserer Sicht wäre die ersatzlose Abschaffung des Delegiertensystems auf Bundesebene, wie sie der Antragsteller in seiner Begründung klar formuliert, finanziell nicht tragbar. Dies belegen die Einnahmen gegenüber den Ausgaben, bzw. die Kosten der vergangenen Parteitage.
Auf kurze Sicht würden die, mit steigender Mitgliedzahl wachsenden Mitgliederparteitage auf Bundesebene, Kosten in Millionenhöhe verursachen, perspektivisch und längerfristig deutlich mehr.
Ferner läge der Zweck jenen Parteitages nach dem erkennbaren Willen des Antragstellers lediglich in einer Satzungsänderung und ist aus wirtschaftlicher Betrachtung daher nicht zu empfehlen.
Unabhängig davon muss das Vermögen der Partei nachhaltig und sinnvoll investiert werden, um die gemeinsame Sache zu stärken.
Sinnvoller wäre der Bau einer neuen Bundesgeschäftsstelle, die für Bundesparteitage sowie als sicheres technisches Zentrum für Wahlkämpfe ausgelegt ist.
Bei der Standortwahl sollten vorrangig das Gebiet in und um die Bundeshauptstadt sowie der geographische Mittelpunkt der Republik untersucht werden.
Grundsätzlich befürworten wir das Prinzip der Basisdemokratie der AfD und halten an Mitgliederparteitagen auf Landes- und Kreisebene unabdingbar fest.
Weiterhin befürworten wir Mitgliederbegehren sowie Mitgliederentscheide als basisdemokratische Elemente.
Hiermit versichern wir, dass wir als Kreisvorstand der Gliederung des AfD-Kreisverbandes Uckermark nach §4 Abs.2 der Verfahrensordnung zur Stellungnahme berechtigt sind.“

6. Kreisvorstand Frankfurt am Main

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand des Kreisverbandes Frankfurt am Main spricht sich klar GEGEN den im Mitgliederentscheid gestellten Antrag zur Durchführung eines Mitgliederparteitages aus.

Begründung:

1. Ein Mitgliederparteitag ist bei ca. 30.000 Parteimitgliedern alleine schon von der Größenordnung nicht einmal ansatzweise planbar.

Theoretisch müsste eine Halle angemietet werden, die 20.000 bis 30.000 Teilnehmer fassen kann.

2. Die Kosten für einen Delegiertenparteitag mit ca. 600 Delegierten beläuft sich auf ca. 500.000 Euro. Bei einem Mitgliederparteitag müsste mit Kosten von mehreren Millionen gerechnet werden.

3. Der Aufwand für Technik, Abstimmgeräte, Security etc. pp. ist weder logistisch noch finanziell für die Bundesgeschäftsstelle leistbar.

4. Ein Mitgliederparteitag repräsentiert eben NICHT die Mitglieder, denn erfahrungsgemäß sind bei einem Mitgliederparteitag die Mitglieder überrepräsentiert, die in der Nähe des Veranstaltungsortes wohnen. Alleine die Wahl des Veranstaltungsortes beeinflusst folglich die Mehrheitsverhältnisse.

5. Nur ein Delegiertenparteitag garantiert, dass alle Landesverbände gemessen an ihrer jeweiligen Mitgliederzahl repräsentativ vertreten sind.

6. Der Antrag wurde mit der Intension gestellt, dass der beantragte Mitgliederparteitag durch eine Satzungsänderung zukünftig für alle Gliederungen (d.h. auch für Landesparteitage) VERPFLICHTEND Mitgliederparteitage vorschreibt und Delegiertenparteitage grundsätzlich verbietet.

Der Antrag ist alleine deswegen schon abzulehnen.

7. Kreisvorstand Bremerhaven

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der AfD-Kreisvorstand Bremerhaven hat in seiner Sitzung vom 14.4.2020 einstimmig beschlossen:
Ein Mitgliederparteitag wird abgelehnt.

Begründung:

- Dieser ist z.Zt. wegen der Unabschätzbarkeit über etwaige Teilnehmerzahlen weder von der Bundesgeschäftsstelle organisierbar noch ist davon auszugehen, daß aufgrund der politischen Lage der AfD geeignete Räume angemietet werden können.
- Der unangemessene Aufwand für solche Mitgliederparteitage dienen meist nur den Eigeninteressen weniger, allerdings teilweise als Selbstdarsteller oder Verschwörungstheoretikern auftretender Personen, wie vergangene Mitgliederparteitage gezeigt haben.
- Es ist diesen Personen unbenommen sich als Delegierte von ihren Verbänden wählen zu lassen und dort als Delegierter entsprechende Positionen zu vertreten und über diese abstimmen zu lassen.
- Daß diese Personen offensichtlich keine Mehrheiten als Delegierter für sich generieren können, rechtfertigt nicht die Forderungen nach Mitgliederparteitagen.
- Letztlich hat sich das Delegiertensystem für die AfD bewährt.

8. Kreisvorstand Schwalm-Eder

Stellungnahme: gegen den Antrag

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Kreisvorstand Schwalm-Eder nimmt zum Mitgliederentscheid gem. § 4 der Verfahrensordnung Stellung und spricht sich mehrheitlich **GEGEN** die Einberufung eines Mitgliederparteitags in 2020 aus.

Begründung:

- Enorm hohe Kosten durch Aufwand für Saalgröße, Sicherheit, Technik, Medien, Catering, Anti-Antifa-Maßnahmen usw.
- Mangelnde Übernachtungsangebote in räumlicher Nähe zum Parteitag.
- Kein repräsentativer Schnitt der Mitgliederschaft, sondern Prägung durch diejenigen Mitglieder, in deren räumlicher Nähe der Parteitag stattfindet.
- Keine umfängliche Vertretung eines Landesverbandes, nur gewährleistet durch dessen dort gewählte Bundesdelegierte (moralische Verpflichtung der Teilnahme)
- Kaum kalkulierbares Risiko einer Anfechtung von z. B. (angeblichen) Einladungsmängeln, Fristverletzungen, strittigen GO-Verfahren in der Versammlung über angebliche oder tatsächliche Nicht- oder Nicht-mehr-Stimmberechtigungen bis hin zu einfach querulatorischen Bestrebungen, einen Parteitag und seine Beschlüsse zu pulverisieren.

9. Kreisvorstand Wiesbaden

Stellungnahme: gegen den Antrag

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Kreisvorstand des Kreisverbandes der Landeshauptstadt Wiesbaden unterstützt durch Umlaufbeschluss am 16.04.2020 einstimmig die unten aufgeführte Stellungnahme des Kreisvorstandes Frankfurt am Main in vollem Umfang und lehnt aus den gleichen Gründen den im Mitgliederentscheid genannten Antrag zur Durchführung von Mitgliederparteitagen für alle Gliederungen ab.

Der Kreisvorstand des Kreisverbandes Frankfurt am Main spricht sich klar GEGEN den im Mitgliederentscheid gestellten Antrag zur Durchführung eines Mitgliederparteitages aus.

Begründung:

1. Ein Mitgliederparteitag ist bei ca. 30.000 Parteimitgliedern alleine schon von der Größenordnung nicht einmal ansatzweise planbar.

Theoretisch müsste eine Halle angemietet werden, die 20.000 bis 30.000 Teilnehmer fassen kann.

2. Die Kosten für einen Delegiertenparteitag mit ca. 600 Delegierten beläuft sich auf ca. 500.000 Euro. Bei einem Mitgliederparteitag müsste mit Kosten von mehreren Millionen gerechnet werden.

3. Der Aufwand für Technik, Abstimmgeräte, Security etc. pp. ist weder logistisch noch finanziell für die Bundesgeschäftsstelle leistbar.

4. Ein Mitgliederparteitag repräsentiert eben NICHT die Mitglieder, denn erfahrungsgemäß sind bei einem Mitgliederparteitag die Mitglieder überrepräsentiert, die in der Nähe des Veranstaltungsortes wohnen. Alleine die Wahl des Veranstaltungsortes beeinflusst folglich die Mehrheitsverhältnisse.

5. Nur ein Delegiertenparteitag garantiert, dass alle Landesverbände gemessen an ihrer jeweiligen Mitgliederzahl repräsentativ vertreten sind.

6. Der Antrag wurde mit der Intension gestellt, dass der beantragte Mitgliederparteitag durch eine Satzungsänderung zukünftig für alle Gliederungen (d.h. auch für Landesparteitage) VERPFLICHTEND Mitgliederparteitage vorschreibt und Delegiertenparteitage grundsätzlich verbietet.

Der Antrag ist alleine deswegen schon abzulehnen.

10. Kreisvorstand Mayen-Koblenz

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand der AfD Mayen-Koblenz spricht sich dagegen aus, dieses Jahr einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag einzuberufen.

Begründung:

Wir sind der Ansicht, dass sich das Delegiertensystem auf Bundesebene bewährt hat. Die Delegierten sind demokratisch und zeitlich begrenzt von den Mitgliedern der Kreisverbände gewählt. Mitgliederparteitage sind bei der gegenwärtigen Größe der AfD organisatorisch kaum zu bewältigen und mit enormen Kosten verbunden. Jene sollten deshalb der absolute Ausnahmefall bleiben. Die für einen Mitgliederparteitag nötigen finanziellen Mittel und der organisatorische Mehraufwand sollten besser in die wichtige Vorbereitung des Superwahljahrs 2021 investiert werden. Zudem ist angesichts der momentanen Unwägbarkeiten hinsichtlich der Corona-Lage die Planung eines Mitgliederparteitags in diesem Jahr nicht sinnvoll.

11. Kreisvorstand Gießen

Stellungnahme: gegen den Antrag

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Vorstand des AfD-Kreisverbandes Gießen hat in seiner gestrigen Sitzung (16.4.2020) den einstimmigen Beschluss gefasst, sich klar **GEGEN die Durchführung von Mitgliederparteitagen** auszusprechen.

Wir begründen unsere Ansicht wie folgt:

1. Die Absicht des zugrundeliegenden Antrages ist, für alle Gliederungen verpflichtend Mitgliederparteitage durchzuführen und Delegiertenparteitage zu unterbinden. Alleine dieser Durchgriff auf die Satzungen der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände ist als unzulässig abzulehnen, damit der Antrag in Gesamtheit.
2. Ein Mitgliederparteitag, bspw. auf Bundesebene durchgeführt, ist bei mehr als 30 000 Mitgliedern objektiv unplanbar, das Anmieten einer Halle bzw. hier ggf sogar eines Fußballstadions, ist abwegig, denn selbst das Beschaffen deutlich kleinerer Hallen wird der AfD ständig mehr erschwert.
3. Die Kosten für Hallen, Logistik, Security etc. würden schnell zur Insolvenz der Partei führen, gerade wenn man bedenkt, dass die Gesamtkosten für einen reinen Delegiertenparteitag auf Bundesebene schon heute bei 250-500 t Euro liegen.
4. Die parteiinterne Administration für Vorbereitung und Durchführung des Parteitages würde alle Rahmen sprengen. Ebenso das Organisieren der Technik, der Abstimmgeräte etc.
Sollte bei einem Mitgliederparteitag zudem gegen die Abstimmung mit elektronischen Geräten votiert werden, wäre der Parteitag alleine wegen der dann einsetzenden manuellen Stimmzettel-Administration komplett undurchführbar. Damit wird das der AfD zustehende Recht und die parteienrechtlich auferlegte Verpflichtung, Parteitage durchzuführen und mit Ergebnissen abzuschließen, ad absurdum geführt bzw. aktiv gefährdet.
5. Ein Mitgliederparteitag repräsentiert eben NICHT die AfD-Mitglieder, denn erfahrungsgemäß sind bei einem Mitgliederparteitag die Mitglieder überrepräsentiert, die in der Nähe des Veranstaltungsortes wohnen. Alleine die Wahl des Veranstaltungsortes beeinflusst folglich die Mehrheitsverhältnisse und ist aus Gründen der innerparteilichen Demokratie folgerichtig abzulehnen. Alleine hier führt das nach klaren Regeln definierte und einheitliche Wahlsystem zur Aufstellung der lokalen Delegierten zu einem neutralen Anwesenheitsverhältnis bei Parteitag.
6. Nur ein Delegiertenparteitag garantiert, dass alle Landesverbände gemessen an ihrer jeweiligen Mitgliederzahl repräsentativ vertreten sind.



12. Kreisvorstand Main-Kinzig-Kreis

Stellungnahme: gegen den Antrag

Stellungnahme des Kreisvorstandes:

Durchführung eines Bundesparteitages im Jahr 2020 als Mitgliederparteitag: Nein

13. Kreisvorstand Birkenfeld

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand der AfD Birkenfeld lehnt den Antrag mit dem Inhalt, im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag durchzuführen, ab.

Begründung:

1. Mitgliederanzahl:

Bei mittlerweile ca. 36.000 Mitgliedern bräuchte man eine sehr große Halle und man weiß vorher nie genau wie viele Mitglieder wirklich kommen. Es könnten 3000 oder aber auch 10.000 Mitglieder kommen. Das würde bei so vielen Leuten sehr unübersichtlich werden und man müsste mit hunderten (oftmals wenig sinnhaften) Anträgen und Gegenreden rechnen, die viel Zeit und Ressourcen kosten.

2. Hallengröße:

Die AfD hat es sowieso schon schwer genug eine passende Lokalität zu finden, wo soll man dann so eine riesige Halle herbekommen? Es würde äußerst schwierig!

3. Kosten:

Solche eine riesige Halle würde enorme Kosten verursachen. Man muss mit einer Million Euro rechnen. Es entstünden sehr hohe Kosten und das Geld würde wiederum woanders fehlen, beispielsweise bekommen die Landesverbände dann weniger Zuschuss für ihre Wahlkämpfe und somit letzten Endes auch die Kreisverbände.

4. Hotel Übernachtungen:

Beim Bundesparteitag in Braunschweig wurden AfD Mitglieder am Tag der Anreise vor die Tür gesetzt und bekamen nur mit Glück noch ein neues Hotelzimmer, sonst hätten sie im November im Auto schlafen müssen! In Offenburg hätte im April jetzt der Bundesparteitag stattfinden sollen. Es wurden vielen AfD Delegierten die Hotelzimmer schon im Februar wieder gekündigt. Bei einem Delegiertenparteitag sind es ca. 600 Menschen die ein Hotelzimmer brauchen und es schon sehr schwer haben etwas zu bekommen, wie und wo will man dann vielleicht 10.000 AfD Mitglieder unterbringen? Das könnte zu einem riesigen Problem werden!

5. Selektion nach finanzieller und geographischer Lage:

Entgegen den Behauptungen der Antragssteller wie basisdemokratisch angeblich ein Mitgliederparteitag wäre, findet aber in Wirklichkeit eine klare Selektion statt. Wenn ein Parteitag beispielsweise in Hamburg wäre, hätten wir aus Rheinland-Pfalz eine sehr weite Anreise, die wir alle aus eigener Tasche zahlen müssten, plus Hotelkosten und Verpflegung. Da kommen schnell mal 400-500 € für ein Wochenende zusammen! Wer von den normalen Mitgliedern will und kann sich das leisten? Sehr wahrscheinlich nur diejenigen mit genug Zeit und vor allem Geld. Mitglieder mit Kindern und solche die arbeiten müssen, können ebenfalls nicht teilnehmen. Und natürlich haben diejenigen Mitglieder die näher zum Veranstaltungsort wohnen auch einen Vorteil. Also würden am Ende nur diejenigen Mitglieder mit genug Zeit und Geld zum Bundesparteitag fahren. Diese Benachteiligungen für gewisse Mitglieder sind alles andere als basisdemokratisch unserer Meinung nach. Bei einem Delegiertenparteitag hat hingegen bis auf die sehr Mitgliederschwachen Kreisverbände, die aufgrund des Zählverfahrens keinen Delegierten erhalten, jeder Kreisverband seinen Delegierten, den er entsendet. Es handelt sich aber zum Beispiel in Rheinland-Pfalz nur um drei Kreise von 32 die keinen Delegierten erhalten. *[Anmerkung der BGS: Aufgrund Überschreitung der zulässigen Zeichenanzahl von 3.000 inkl. Leerzeichen konnte die Stellungnahme nur im vorstehenden Umfang veröffentlicht werden.]*



14. Kreisvorstand Bernkastel-Wittlich

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand der AfD Bernkastel-Wittlich lehnt den Antrag mit dem Inhalt, im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag durchzuführen, ab.

Der Begründung des Landesvorstandes der AfD Rheinland-Pfalz in dieser Angelegenheit schließen wir uns vollumfänglich an.

15. Kreisvorstand Rheingau-Taunus

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand des Kreisverbandes Rheingau-Taunus spricht sich deutlich GEGEN den im Mitgliederentscheid gestellten Antrag zur Durchführung eines Mitgliederparteitages aus.

Begründung:

Die AfD hat derzeit über 30.000 Mitglieder. Bei einem Mitgliederparteitag könnte theoretisch jedes Mitglied an einem Bundesparteitag teilnehmen.

- Dies ist aus organisatorischen,
- finanziellen und
- logistischen Gründen nicht plan- und darstellbar.

Denn für einen Mitgliederparteitag würden Kosten in Millionenhöhe anfallen. Kosten, die die AfD in ihrer derzeitigen Verfasstheit nicht aufbringen kann. Ein AfD-Mitgliederparteitag würde nur den politischen Wettbewerber stärken, da die eigenen Ressourcen aufgebraucht wären.

Hinzu kommt, dass die AfD bereits heute Probleme hat, große Hallen anzumieten.

Ein weiterer Punkt ist, dass der Aufwand für Technik und Organisation (Abstimmgeräte, Sicherheitspersonal) weder logistisch noch finanziell leistbar ist. Auch ist eine Abstimmung mittels eines manuellen Stimmzettels bei einem Mitgliederparteitag zeitlich nicht durchführbar und leichter juristisch anfechtbar.

Im Gegensatz zu einem Mitgliederparteitag bietet gerade ein Delegiertenparteitag Gewähr, dass alle Landesverbände – gemessen an ihrer jeweiligen Mitgliederzahl – repräsentativ vertreten werden. Bei Mitgliederparteitagen hingegen, beeinflusst mit großer Wahrscheinlichkeit die Wahl des Veranstaltungsortes die Mehrheitsverhältnisse.

Da der Antrag außerdem vorsieht, dass eine Satzungsänderung auch alle Gliederungen betrifft, lehnen wir den gesamten Antrag ab.

16. Kreisvorstand Gelsenkirchen

Stellungnahme: gegen den Antrag

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Antrag auf Durchführung eines Bundesparteitags als Mitgliederparteitag wird vom Vorstand des Kreisverbandes Gelsenkirchen einstimmig abgelehnt.

1. Ein solcher Parteitag würde hohe Kosten verursachen.
2. Die ohnehin bereits schwierige Anmietung eines geeigneten Veranstaltungsortes würde noch komplizierter werden.
3. Der Veranstaltungsort begünstigt Mitglieder der Region und benachteiligt damit weiter entfernt lebende Mitglieder, zumal bei Mitgliederparteitagen eine Übernahme der Reisekosten nicht möglich ist.
4. Insbesondere bei Personalwahlen würde die regionale Prägung eines solchen Parteitages Verzerrungen zu Gunsten regionaler Kandidaten ermöglichen.

17. Kreisvorstand Unterfranken-Nord

Stellungnahme: gegen den Antrag

Inhaltliche Stellungnahme des AfD-Kreisvorstands Unterfranken-Nord gegen den Antrag, der Bundesvorstand solle im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag einberufen

1) Durch die Organisation eines Mitgliederparteitages entstehen gegenüber einem Delegiertenparteitag **erhebliche Mehrkosten**. Es ist mit mindestens mehreren tausend Teilnehmern zu rechnen. Der Aufwand für Hallenmiete, elektronische Abstimmungsgeräte usw. steigt deutlich.

2) Bei einem Mitgliederparteitag sind **nicht alle Regionen angemessen und gleich** repräsentiert, da damit zu rechnen ist, dass deutlich mehr Mitglieder aus Gegenden teilnehmen, die dem Veranstaltungsort näher liegen als solche, die entfernt wohnen. Dies ist schon von einem demokratischen Standpunkt ausgehend klar suboptimal.

3) Da nicht in allen regionalen Verbänden der AfD die parteiinternen Strömungen gleich stark sind, besteht die Möglichkeit schon durch die Auswahl des Veranstaltungsortes **Mehrheitsverhältnisse sehr effektiv zu beeinflussen**.

4) Durch einen Mitgliederparteitag entstehen den teilnehmenden Mitgliedern nicht unerhebliche Kosten für Fahrt, Übernachtung und Verpflegung. So entstehen schnell Beträge von mehreren hundert Euro. Dadurch wird indirekt auch eine **soziale Auswahl** der Teilnehmer getroffen, wirtschaftlich besser gestellte werden klar bevorzugt.

5) Natürlich ergeben sich in diesem Zusammenhang **Manipulationsmöglichkeiten** für finanzkräftige Personen oder Gruppen, die etwa kostenlose Busfahrten für ihre Anhänger anbieten können.

6) Nach den Erfahrungen mit zahlreichen Mitgliederparteitagen in Bayern ist festzustellen, dass eine **negative politische Auslese** der Teilnehmer wahrscheinlich ist. Dort marschiert der in der AfD leider vorhandene "Narrensaum" auf, d.h. einschlägig belastete Mitglieder, die in ihren Kreisverbänden, kein Gehör (mehr) finden, ihre oft wirren oder querulatorischen Anliegen aber gerne vor einem großen Auditorium vortragen. Leider lassen sich solche Personen meist weder durch Kosten- noch durch Zeitaufwand von ihren Auftritten abhalten, anders als im Arbeitsprozess stehende "Normalmitglieder".

Insgesamt ist aus unserer Sicht festzuhalten, dass die Partei den auf dem letzten Bundesparteitag eingeschlagenen Weg zur Professionalisierung weitergehen sollte und gespenstische Diskussionen aus der politischen Mottenkiste der GRÜNEN um "Basisdemokratie" und ähnliche längst praktisch widerlegte Konzepte uns nichts nutzen.

Ein chaotisch verlaufender Mitglieder-Bundesparteitag wäre dagegen verheerend und würde den bei Wählern bereits vorhandenen Eindruck verstärken, die AfD sei intern zerstritten und unfähig.

So gewinnt man keine Wahlen. Und Wahlerfolge sind das primäre Ziel einer Partei wie der AfD, die sich aktiv am demokratisch-parlamentarischen Prozess beteiligen will.



18. Kreisvorstand Konstanz

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Vorstand des AfD Kreisverband Konstanz stimmt einstimmig gegen einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag im Jahr 2020.

Begründung: zu hohe Kosten, Durchführbarkeit kaum praktikabel, finanzielle Belastung der einzelnen Mitglieder (Reise- und Hotelkosten, mehrtägiger Zeitaufwand).



19. Kreisvorstand Märkischer Kreis

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Vorstand der Kreisverbands Märkischer Kreis spricht sich **gegen** einen Mitgliederparteitag aus.

Begründung: Durch das Delegiertensystem sind die Mitgliedsrechte und Mitbestimmung ausreichend gewahrt. Ein Mitgliederparteitag würde die Partei vor große organisatorische und finanzielle Herausforderungen stellen.

20. Kreisvorstand Ahrweiler

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Vorstand des Kreisverbandes Ahrweiler lehnt den Antrag mit dem Inhalt, im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag durchzuführen, ab.

Begründung:

Die Antragsteller legen inhaltlich nicht dar, weshalb sie künftig verpflichtende Mitgliederparteitage präferieren. Ein Vorteil bestünde in der potentiellen Möglichkeit für ein Mitglied, direkt an Entscheidungen auf z.B. Bundesebene mitzuwirken. Dieser Vorteil ist aber gegen etwaige Nachteile sorgfältig abzuwägen; als da wären:

- **Logistik und praktische Durchführung:** Diese wäre bei Mitgliederparteitagen erheblich komplexer als die von Delegiertenparteitagen. Die Organisatoren müssten sich zudem zwingend auf eine viel größere Anzahl als vorangemeldet einstellen, denn keinem Mitglied könnte eine spontane Teilnahme (ohne Voranmeldung) verwehrt werden. Auf welche Maximalanzahl von Teilnehmern sollten die Organisatoren die anzumietenden Räumlichkeiten abstellen? Die Planbarkeit und insbesondere die rechtssichere Durchführung eines Mitgliederparteitages würden erheblich erschwert bis unmöglich gemacht.
- **Kosten:** Diese lägen um ein Vielfaches über den bisherigen Kosten. Zum einen wegen einer deutlich höheren Besucherzahl. Zum anderen, weil die Organisatoren ausreichend Platzkapazitäten für eine im Vorfeld unbestimmbare Anzahl spontaner Teilnehmer buchen müssten. Völlig unklar ist zudem, ob der AfD in diesen Zeiten überhaupt entsprechende Veranstaltungsorte zur Verfügung gestellt würden.
- **Repräsentation:** Mitgliederparteitage auf Bundesebene haben in der Vergangenheit die AfD keineswegs repräsentativ abgebildet. Je nach Lage des Veranstaltungsortes kamen aus einzelnen Landesverbänden mehr oder weniger Mitglieder dorthin. Das derzeitige Delegiertensystem sorgt hingegen dafür, dass alle Kreisverbände der AfD in Abhängigkeit ihrer Mitgliederzahl repräsentativ vertreten sind.

21. Kreisvorstand Mainz

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Vorstand des Kreisverbands Mainz der AfD lehnt den Antrag mit dem Inhalt, im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag durchzuführen, einstimmig ab.

Begründung:

Am 08.04. erreichte die Parteimitglieder ein Schreiben, dass ein Mitgliederentscheid durchgeführt wird, ob ein Mitgliederparteitag auf Bundesebene im Jahre 2020 durchgeführt werden soll. Dieser soll den bisherigen Delegiertenparteitag ersetzen.

Ein Mitgliederparteitag auf Bundesebene stellt für eine Partei eine immense logistische und finanzielle Herausforderung dar. Die bisherigen Parteitage, insbesondere der Parteitag zur Europawahl, führten zu Kosten in Millionenhöhe. Ein Mitgliederparteitag wird diese Kosten um ein Vielfaches übersteigen. Unsere Partei hat nicht die entsprechenden finanziellen Reserven und sollte die vorhandenen besser in Wahlkämpfe und langfristige Infrastruktur investieren. Desweiteren stellt ein Mitgliederparteitag eine schwer zu kalkulierende logistische Herausforderung dar. Da potentiell jedes Mitglied kommen kann, müssen Orte gewählt werden, die über die entsprechende Kapazität verfügen. Diese sind nur in sehr geringer Zahl vorhanden. So wird das bekannte Problem, dass uns Lokalitäten verwehrt werden, zusätzlich verschärft.

Ein Mitgliederparteitag bevorzugt überproportional ortsansässige sowie finanzstarke Verbände, die Fahrt und Übernachtung für ihre Mitglieder finanzieren können. Dies kann, im Gegensatz zum Delegiertensystem, welches feste Zahlen pro Kreisverband vorsieht, zu einem massiven Ungleichgewicht führen. Somit widerspricht es gerade dem Ansatz, die Meinung der Parteibasis besser widerzuspiegeln, als ein Delegiertenparteitag.

22. Kreisvorstand Vogelsbergkreis

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand des Kreisverbandes Vogelsberg spricht sich klar GEGEN den im Mitgliederentscheid gestellten Antrag zur Durchführung eines Mitgliederparteitages aus.

Begründung:

1. Ein Mitgliederparteitag ist bei ca. 30.000 Parteimitgliedern alleine schon von der Größenordnung nicht einmal ansatzweise durchführbar.

Theoretisch müsste man mit einer Halle planen, die 20.000 bis 30.000 Teilnehmer fassen kann.

2. Die Kosten für einen Delegiertenparteitag mit ca. 600 Delegierten beläuft sich auf ca. 500.000 Euro. Bei einem Mitgliederparteitag müsste mit Kosten von mehreren Millionen gerechnet werden. Dies würde unweigerlich innerhalb kürzester Zeit zur Zahlungsunfähigkeit der Partei führen. Die Kosten dafür ständen in keiner Relation mehr zu den Einnahmen der Partei.

3. Der Aufwand für Technik, Abstimmgeräte, Security etc. pp. ist weder logistisch noch finanziell leistbar.

4. Ein Mitgliederparteitag repräsentiert eben NICHT die Mitglieder, denn erfahrungsgemäß sind bei einem Mitgliederparteitag die Mitglieder überrepräsentiert, die in der Nähe des Veranstaltungsortes wohnen. Alleine die Wahl des Veranstaltungsortes beeinflusst folglich die Mehrheitsverhältnisse.

5. Nur ein Delegiertenparteitag garantiert, dass alle Landesverbände gemessen an ihrer jeweiligen Mitgliederzahl repräsentativ vertreten sind.

6. Der Antrag wurde mit der Intension gestellt, dass der beantragte Mitgliederparteitag durch eine Satzungsänderung zukünftig für alle Gliederungen (d.h. auch für Landesparteitage) VERPFLICHTEND Mitgliederparteitage vorschreibt und Delegiertenparteitage grundsätzlich verbietet. Der Antrag ist alleine deswegen schon abzulehnen.

23. Kreisvorstand Mittelsachsen

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand der AfD Mittelsachsen lehnt es ab, im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederversammlung abzuhalten, und befürwortet die Beibehaltung des Delegiertensystems:

1. Durch die Wahl der Delegierten im Kreis- oder Landesverband kann sichergestellt werden, dass bekanntermaßen aktive und im Sinne der AfD verantwortungsbewusste Mitglieder am Bundesparteitag teilnehmen.
2. Delegiertenversammlungen bilden den Proporz der Mitgliederstärke der Kreis- und Landesverbände ab (je nachdem auf welcher Ebene die Delegierten gewählt werden). Unabhängig vom Veranstaltungsort ist die Wahrscheinlichkeit einer dem Proporz entsprechenden Teilnehmerstärke bei Delegiertenversammlungen höher. Mitgliederversammlungen bevorzugen tendenziell den Veranstaltungsort und könnten schon durch die Wahl des Versammlungsortes richtungsbeeinflussend sein.
3. Die Delegierten wissen bei ihrer Kandidatur, dass ihre Teilnahme am Bundesparteitag quasi verpflichtend ist, und sagen in der Regel ihre Teilnahme nur bei triftigen Gründen ab. Für diese Fälle gibt es Ersatzkandidaten, mit deren Hilfe in der vollen möglichen – und proporzwahrenden – Teilnehmerstärke zum Bundesparteitag angereist werden kann.
4. Delegiertenversammlungen sind besser planbar und erfordern Veranstaltungsorte mit einer vergleichsweise niedrigen Maximalzahl zur Verfügung stehender Plätze. Die geringaufwändigere Organisation kann Freiräume für eine gründlichere Information aller Mitglieder im Vorfeld schaffen; kleinere Veranstaltungsräume sparen finanzielle Mittel, die an anderer Stelle mindestens ebenso gut eingesetzt werden können.
5. Die vorherige Einbeziehung der gesamten Mitgliedschaft ist – bei bekannter Tagesordnung des Parteitags – mit Richtungsdiskussionen und ggf. entsprechendem Votum an die eigenen Delegierten in den Kreis- und Landesverbänden möglich.

24. Kreisvorstand Aschaffenburg

Stellungnahme: gegen den Antrag

- 1) Wir wollen das Prinzip der repräsentativen Demokratie wahren und nicht unterlaufen
Auf allen Ebenen in Politik, Verbänden, Vereinen und Gesellschaft wählen wir Delegierte, die uns in Abstimmungen vertreten. Dadurch ist und bleibt die Demokratie handlungsfähig. Das erfordert vom Einzelnen sein Stimmengewicht auf seiner Ebene einzubringen, indem er seine Standpunkte diskutiert, durch Überzeugen Mitstreiter gewinnt und sich für die Repräsentation zur Verfügung stellt. Das kann auch erfordern, dass er sich einem Mehrheitsvotum fügt. Um etwas ganz anderes handelt es sich bei Volkabstimmungen, direkter Mitbestimmung der Bürger nach Schweizer Vorbild, die selbstverständlich nicht bei jeder Entscheidung in einem Parlament, sondern nur bei grundlegenden Entscheidungen, die der Souverän auch durch Bürgerbegehren herbeiführen kann, einzusetzen sind.
 - 2) Mitgliederparteitage sind nicht repräsentativ
Auf Kreisebene haben wir bei Mitgliederversammlungen eine Beteiligung von ca. 25 – 35%. Jedoch ist unser Kreis bei Bezirks- oder Landesparteitagen nur noch mit ca. 5 – 10% der Mitglieder vertreten. Auf Bundesebene wäre die Beteiligung noch geringer. Unsere Mitglieder kommen einmal im Jahr zur Mitgliederversammlung, entscheiden über Vorstand und Delegierte und erwarten, dass Ihre Meinung durch diese „repräsentativ“ in die Gremien der Partei auf allen Ebenen weitergetragen wird.
 - 3) Mitgliederparteitage können die Regionen nicht repräsentativ vertreten
Bei Mitgliederparteitagen sind die Regionen nahe dem Tagungsort zwangsläufig überproportional gegenüber Regionen an unseren Landesgrenzen vertreten, da die Mitglieder die Reisekosten und den –aufwand selbst tragen müssen.
 - 4) Mitgliederparteitage fänden weitgehend ohne unsere Kernklientel statt
Mitglieder, die beruflich, familiär und gesellschaftlich über die AfD hinaus engagiert sind, also unsere Kernklientel, können nicht vier bis sechs Mal im Jahr ein Wochenende für die Wahrnehmung ihrer Mitgliederinteressen opfern. Wer also fährt auf einen Mitgliederparteitag auf Bundes- oder Landesebene? Das sind Mitglieder, für die Zeit eine untergeordnete Rolle spielt.
 - 5) Kosten und Durchführbarkeit von Mitgliederparteitagen
Parteitage müssen von langer Hand geplant werden. Die Teilnehmeranzahl wäre schwer kalkulierbar, entsprechende Hallen sind schwer zu finden. Die Kosten würden gewaltig steigen.
Bei Parteitagen mit bis zu 10.000 Teilnehmern käme auch nicht jeder zu Wort. Es müssten sich auch hier Interessengruppen bilden, die sich durch einen Sprecher vertreten lassen.
- Der Vorstand des KV Aschaffenburg lehnt Mitgliederparteitage auf Bundesebene ab.

25. Kreisvorstand Hannover Stadt

Stellungnahme: gegen den Antrag

Einem Mitgliederbundesparteitag im Jahr 2020 stehen wir eher verhalten gegenüber, gerade bei Personenwahlen. Der Besuch eines solchen Parteitages ist regional stark vom Ort des Parteitages abhängig. Alle Mitglieder aus der stattfindenden Region sind überproportional dabei, während beim Delegiertenparteitag die Teilnahme jeder Region gleichmäßig gesichert ist, z. B. entsendet in Niedersachsen jeder Kreisverband mindestens einen Delegierten zum Bundesparteitag.

Ein Mitgliederparteitag in Bayern würde wahrscheinlich zu einem bayernlastigen Bundesvorstand führen (nur als Beispiel). Ein Missbrauch durch finanzstarke Personen (viele Personen zum All-inklusive-Parteitag einladen, mit vorgefertigter Stimmabgabe) ist auch nicht ausgeschlossen.

Darüber hinaus ist ein Mitgliederparteitag bundesweit sehr teuer (Essen 2015 hat wohl 500.000 Euro gekostet) und organisatorisch auch kein Kinderspiel mit 3.000 – 5.000 Mitgliedern, die auch alle abstimmen wollen. Allein dies beschränkt die Hallenauswahl sehr.

Aber: Das Instrument Mitgliederbefragung/Mitgliederentscheid sollte im Vorfeld eines Bundesparteitages gerade in Sachfragen viel häufiger genutzt werden. Mit einer Laufzeit von 4-6 Wochen und Abschluss mindestens 2 Wochen vor dem Parteitag, damit die Ergebnisse rechtzeitig veröffentlicht werden können. Wir halten die Beauftragung per Mitgliederentscheid in Sachfragen für den richtigen Weg.

Nichtsdestotrotz muss die Möglichkeit bestehen, einen Mitgliederparteitag per Mitgliederentscheid bindend zu verlangen.

26. Kreisvorstand Ludwigshafen

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand Ludwigshafen am Rhein spricht sich gegen Mitgliederparteitage aus und schließt sich bei der Begründung dem BfA 5 an:

- Hohe Kosten für die Anmietung riesiger Hallen und der äußerst aufwändigen Organisation.
- Hohe Kosten pro Mitglied - manche Mitglieder könnten Ihr Mitgliedsrecht wegen der Kosten nicht wahrnehmen.
- Durch Delegiertenparteitage wird garantiert, dass alle Landesverbände gemessen an ihrer jeweiligen Mitgliederzahl repräsentativ vertreten werden.

Mit Delegiertenparteitagen wird der berechtigte Anspruch der AfD-Mitglieder auf demokratische Mitwirkung erfüllt, denn Delegierte werden von den Mitgliedern direkt gewählt.

Diese Vorgehensweise entspricht Art. 21 (1) Grundgesetz, der von Parteien verlangt: ‚Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.‘

27. Kreisvorstand Südliche Weinstraße-Landau

Stellungnahme: gegen den Antrag

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Vorstand des AfD-Kreisverbandes Südliche Weinstraße-Landau **lehnt den Antrag mit dem Inhalt, im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag durchzuführen, mehrheitlich ab.**

Wir stehen grundsätzlich zu unseren basisdemokratischen Grundsätzen und setzen uns, wo immer es möglich und sinnvoll erscheint, für Mitgliederparteitage auf allen Ebenen ein. Dies ist ein Markenkern unserer Partei. Jedoch sprechen mittlerweile triftige Gründe gegen die Durchführung von Mitgliederparteitagen auf Bundesebene.

Aufgrund der stetig steigenden Mitgliederzahl erscheint es sehr unwahrscheinlich, eine Halle mit der entsprechenden Kapazität anmieten zu können. Der organisatorische Aufwand, für die Planung und Durchführung eines solchen Parteitages, erscheint mit den zur Verfügung stehenden Mitteln kaum leistbar. Auch ist der Kostenfaktor, gerade im Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl 2021, unverhältnismäßig hoch.

Weitere Gegenargumente: Bei einem Delegiertenparteitag sind sowohl die einzelnen Bundesländer als auch die einzelnen Kreise gemäß ihres Mitgliederanteils vertreten. Bei einem Mitgliederparteitag werden immer aus der jeweiligen Region des Versammlungsortes wesentlich mehr Teilnehmer anwesend sein, wie aus weiter entfernten Regionen.

Ein Parteitag dieser Größenordnung würde mehrere Tage beanspruchen und entsprechend hohe finanzielle Kosten für alle Teilnehmer verursachen. Dies könnte ein Großteil der Mitglieder finanziell nicht leisten. Entsprechend hätte dieser Personenkreis keine Stimme auf dem Parteitag. Bei Delegierten können diese Kosten hingegen, nach Beschluss des jeweiligen Kreises, erstattet werden. Aus den oben genannten Gründen sprechen wir uns weiterhin für Delegiertenparteitage auf Bundesebene aus.

28. Kreisvorstand Neuwied

Stellungnahme: gegen den Antrag

Der Kreisvorstand der AfD Neuwied lehnt den Antrag mit dem Inhalt, im Jahr 2020 einen Bundesparteitag als Mitgliederparteitag durchzuführen, ab.

Grundsätzlich begrüßt der Kreisvorstand die Durchführung von Mitgliederparteitagen auf allen Ebenen, auf denen dies organisatorisch sinnvoll ist.

Auf Bundesebene ist dies mittlerweile fraglich: selbst für Delegiertenparteitage mit einer vergleichsweise begrenzten Teilnehmerzahl ist es mittlerweile hoch problematisch, geeignete Versammlungsorte zu finden.

Bei einem Mitgliederparteitag mit einer nicht im Vorfeld berechenbaren Teilnehmerzahl würde dieses Problem potenziert.

Auch die Kostenfrage spricht klar für Delegiertenparteitage: die Kosten für den Essener Mitgliederparteitag des Jahres 2016 lagen im Millionenbereich und betragen damit ein mehrfaches der Kosten von Delegiertenparteitagen, aus der Differenz könnten wir mehrere Landtagswahlkämpfe finanzieren.

Für einen Delegiertenparteitag spricht auch das Kriterium der Repräsentanz: Während bei einem Delegiertenparteitag eine der Größe entsprechende Repräsentanz aller Landes- und bei uns in Rheinland-Pfalz auch Kreisverbände sichergestellt ist, würde ein Mitgliederparteitag immer nur ein nicht repräsentatives Bild der Gesamtmitgliedschaft zeichnen, das maßgeblich von der Örtlichkeit der Ausrichtung und der jeweiligen Anfahrtstrecke abhängig wäre.

Bundesparteitage nehmen zumeist mehrere Tage in Anspruch und sind für Besucher mit beträchtlichen Kosten für Anfahrt und Unterkunft verbunden. Bei Mitgliederparteitagen besteht daher zudem die Gefahr einer Benachteiligung sozial schwächerer Mitglieder, während Delegierte von ihren Kreisverbänden eine Kostenerstattung erhalten können, wie es in Rheinland-Pfalz der Fall ist.

Der Kreisvorstand der AfD Neuwied hält die Durchführung eines Bundesparteitages als Mitgliederparteitag im Corona-Jahr 2020 daher nicht für sinnvoll.

6. 25 Mitglieder

1. 25 Mitglieder

Stellungnahme: gegen den Antrag

Im Sinne der Demokratie in der AfD und der Handlungsfähigkeit unserer Partei rufen wir die Mitglieder der AfD dazu auf, mit "Nein" zu stimmen.

Wir sind eine Gruppe von Mitgliedern mit und ohne Funktionen in der Partei und sehen folgende Argumente als besonders wichtig an:

- 1) Die gleichberechtigte Mitwirkung aller Mitglieder ist ein sehr wichtiges Prinzip in unserer Partei. Bis zur Landesebene hin kann diese durch Mitgliederparteitage praktisch gut verwirklicht werden.
- 2) Auf Bundesebene kommt es ungewollt schon durch die Auswahl des Tagungsorts zu einer Bevorzugung derjenigen Mitglieder, die in der Nähe wohnen. Diese können ohne lange Anreise und ohne das Bezahlen von Übernachtungen viel einfacher teilnehmen als alle anderen Mitglieder, deren Wohnort weiter entfernt liegt. Letztere werden drastisch benachteiligt. Das kann auch nach einem Bundesparteitag zum Streit darüber führen, ob die Auswahl des Tagungsorts durch den Bundesvorstand die Ergebnisse vorherbestimmt hat.
- 3) Durch einen Zwang zu Mitgliederparteitagen entsteht bei der inzwischen erreichten Mitgliederzahl der AfD der Bedarf, Hallen mit Platz für 5.000 oder mehr Teilnehmer zu finden. Damit wird es unseren Gegnern viel zu leicht gemacht, durch Verweigerung der Vermietung einen AfD-Bundesparteitag völlig zu verhindern.
- 4) Für eine Verbesserung der Mitgliederbeteiligung bieten sich andere Maßnahmen an, die auch die Finanzkraft unserer Partei besser schonen:
 - a) Eine Erhöhung der Delegiertenzahl von 600 auf z.B. 1000, so dass jeder Kreis-, Bezirks- oder Landesverband mehr Delegierte schicken kann.
 - b) Intensive Einbindung aller Delegierten in die Meinungsbildung vor Ort, so dass diese den Willen der Basis gut kennen und authentisch vertreten können.
 - c) Stärkere Nutzung des Instruments des Mitgliederentscheids für politische Sachfragen und nicht nur, wie im vorliegenden Fall, für organisatorische Fragen.